

Umkämpfte Souveränitäten und Territorien

Von Streiks »gewöhnlicher Frauen« bis zur Aufruhr des *Demos* (2016–2021)

Das vorangegangene Kapitel 4 beschäftigte sich mit Praktiken geschlechterdemokratischer Advocacy-NGO. Diese hatten in Bezug auf stark reglementierte sinnlich-räumliche Ordnungen gehandelt, um Änderungen auf staatlicher und internationaler Ebene zu bewirken. Kennzeichnend für die von mir untersuchte, überwiegend liberal gesinnte Generation von Akteur_innen, die Ende der 1980er Jahre und in den 1990er Jahren begann, sich frauenpolitisch zu engagieren, war ihre Bestrebung, den polnischen Staat und seine Institutionen geschlechterdemokratisch umzugestalten. Sie zielten darauf ab, das Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern als selbstverständliche Grundlage in die Gesellschaft zu integrieren und betrachteten sich selbst als Teil solch eines Prozesses demokratischer Konsolidierung des Staates.

Ganz anders verhielt es sich nach 2015, als die antifeministische nationale katholische Rechte die Wahlen auf nationaler Ebene gewann. Da die Regierung und parlamentarische Mehrheit explizit in Opposition zu einer Institutionalisierung von Geschlechterdemokratie stand, verlagerte sich die feministische Politik zunehmend auf die Straße und in öffentliche bzw. digitale Räume. Das Jahr 2016 stellt für die feministische Bewegung in Polen einen Wendepunkt dar. In diesem Jahr kam es zu Massenprotesten¹ von »gewöhnlichen Frauen«, die sich spontan gegen den Ver-

1 Die Begriffe »Masse«, »massenhaft«, »massenproteste« werden von mir zur Beschreibung einer großen Menge von Menschen(-ansammlungen) verwendet und ist in dem Sinne neutral und keineswegs abwertend. »Massenprotest«, »massenhaft« beschreibt hier eine Steigerung bspw. zur »Großversammlung«, »großen Menschenansammlung«. Ähnlich wie im Fall der englischen Begriffe *mass protest*, *mass rally*, *mass assembly* oder *mass action*, soll mittels des Begriffs »Masse«, darauf hingewiesen werden, dass es sich um eine Größenordnung handelt, in der es zwischen den Teilnehmenden der Proteste, bzw. den Akteur_innen, die ähnliche Handlungen vollziehen, keine direkten Verbindungen mehr gibt, sie weitgehend anonym sind, da sehr breite Schichten der Bevölkerung mobilisiert wurden und meist auch nicht koordiniert handeln. Bei einem Massenprotest bzw. Versammlung sind die Protestierenden bzw. Ver-

sich auflehnten, das seit 1993 gültige Abtreibungsgesetz zu verschärfen.² Wie Anfang der 1990er Jahre, als seitens der Kirche und national-katholischer Akteur_innen Versuche unternommen wurden, Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe zu stellen, führte dies auch im Jahr 2016 zu einer breiten Mobilisierung. Innerhalb von nur wenigen Monaten bildete sich eine frauenpolitische Bewegung, die durch ihre Heterogenität sowie ihr massives und dezentrales Auftreten imstande war, die politischen und gesellschaftlichen Prozesse in Polen maßgeblich zu beeinflussen.

Dieses Kapitel ist der Analyse der zeitgenössischen feministischen Protestbewegung gewidmet, die sich in Polen zwischen 2016 und 2020/2021 aufgrund eines gewaltigen gesellschaftlichen Unmuts und beschränkter anderweitiger politischer Partizipationsmöglichkeiten formierte. Analysiert und beschrieben werden die wichtigsten Protestereignisse und im Rahmen der Mobilisierung gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes 2016 entstandene Bewegungen inklusive der Organisationen, die sie repräsentieren. Dies sind vor allem der Polenweite Frauenstreik³ (*Ogólnopolski Strajk Kobiet*, OSK), die Gruppen Mädels für Mädels (*Dziewuchy-Dziewuchom*, DD) und der Internationale Frauenstreik (*Międzynarodowy Strajk Kobiet*, MSK). Alle genannten Gruppen und Netzwerke konsolidierten sich zwischen 2016 und 2017 und gehören heute zu den frauenpolitischen Initiativen mit der größten gesellschaftlichen Reichweite. Die Entstehungs- und Entwicklungsprozesse dieser Bewegungen und Organisationen werden im Kontext lokaler und nationaler politischer Dynamiken nachgezeichnet, um diese kontextuell eingebettet verständlich zu machen. Es handelt sich um eine heterogene *Bewegung* im öffentlichen und virtuellen Raum, die räumlich-sinnlich vergeschlechtlichte Grenzregime und Zugehörigkeiten kritisch verhandelt und dabei Teil einer globalen *feministischen Bewegung* ist.

Eine *feministische Bewegung* ist, wie bereits in Kapitel 2.7 ausgeführt, als Situationen, Prozesse und/oder kollektive politische Praktiken zu verstehen, die einen *Dissens* einführen, Gender-Ordnungen *in Bewegung* setzen und/oder alternative Aufteilungen und (An-)Ordnungen des Sinnlichen hervorbringen. Dieses Kapitel beschreibt, wie neue Bewegungs- und Handlungsräume konstituiert, öffentliche Räume zurückgewonnen wurden und neue Formen der Solidarität entstanden.

sammelten heterogen und keiner einzelnen Organisation, Ideologie u.Ä. mehr zuzuordnen. Die nächste Stufe der Mobilisierung oder Eskalation wäre die *Revolution*.

- 2 Zu der Selbstpositionierung der Protestierenden als »gewöhnliche Frauen« vgl. u. A. einen Beitrag von mir und einer Kollegin zur Ambivalenz des Gewöhnlichen (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2020).
- 3 Der Name wird von den Organisatorinnen auf deren Internetpräsenzen als *Polnischer Frauenstreik* oder *Polish Women's Strike* übersetzt. Dies würde auf Polnisch jedoch *Polski Strajk Kobiet* lauten. Polenweiter Frauenstreik scheint der Verfasserin eine der Bedeutung angemessenere Übersetzung der Bezeichnung »*Ogólnopolski Strajk Kobiet*« zu sein.

Interessant sind insbesondere die zu beobachtenden Prozessen kollektiver Emanzipation und Ermächtigung durch die feministische *Bewegung* sowie die damit einhergehenden Neuverteilungen des Sinnlichen. Neben der Rekonstruktion der Formierung und Entwicklung einer neuen feministischen *Bewegung* in Polen, die sich über die Grenzen des Landes ausbreitete, untersucht das Kapitel, wie sich durch Bewegungen strittige, widerständige und alternative räumliche und sinnliche Ordnungen konstituieren. Thema sind insbesondere Konflikte über Konstruktionsweisen von Zugehörigkeit und Repräsentationen des *Gemeinsamen*. Diese Konflikte stehen im Zusammenhang mit der sinnlichen Verteilung von Räumen, Körpern und Tätigkeiten und damit einhergehenden Ordnungen, welche Situationen des *Unvernehmens* im Sinne Rancières (2002) strukturieren.⁴ Diese Strukturierung sinnlicher Ordnung inkludiert Aufteilungen von Kompetenzen zwischen denen, die den Logos besitzen und über das Gemeinsame bestimmen, und denen, deren Stimme als Lärm gilt. (vgl. ebd.). Mit Blick auf das Protestgeschehen, die Interventionen und kollektiven Praktiken feministischer *Bewegung* wird einerseits danach gefragt, wie im Rahmen der Bewegung räumliche und sinnliche Ordnungen konstituiert und aufrechterhalten werden. Andererseits geht es um die Frage, welche Ordnungen sich im Widerspruch befinden, in Konflikt geraten oder miteinander konkurrieren. Insbesondere aber richtet sich der Fokus auf Prozesse und Momente, in denen eine Aufhebung einer Ordnung des Unvernehmens erfolgte und *Zugehörigkeiten* wie auch Kompetenzaufteilungen neu organisiert und verhandelt wurden.

In den Protestformen und der Art und Weise, wie die Mobilisierungen im Jahr 2016 erfolgten, zeigen sich sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede zu früheren feministischen Mobilisierungen, wie sie bspw. bei der Verschärfung des Abtreibungsrechts Anfang der 1990er Jahre stattfanden. Der gesellschaftspolitische Kontext hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch auf vielen Ebenen grundlegend gewandelt. Globalisierung, technologischer Fortschritt, die weitreichende Digitalisierung und die damit verbundenen Möglichkeiten der Vernetzung haben maßgeblichen Einfluss auf die Art und Weise, wie sich Bewegungen organisieren und agieren. Dahingehend liegt ein weiterer Fokus auf den Modalitäten digitaler Mobilisierungen. Die analysierten feministischen Gruppierungen organisierten sich sowohl offline als auch mithilfe digitaler Technologien. Interviewt wurden die Akteurinnen⁵ u.a. zu ihrer Meinung über die Chancen und Herausforderungen, die die Mobilisierung und Vernetzung über das Internet (insbesondere Facebook-Gruppen) mit sich bringen. Im Vergleich zu den Praktiken, die vor dem Zeitalter der Digitalisierung üblich waren, unterscheiden sich die sinnlich-räumlichen

4 Vgl. hierzu auch Kapitel 2.4 in dieser Arbeit.

5 Alle interviewten Personen haben die weibliche grammatikalische Form verwendet, weshalb von *Akteurinnen* und nicht *Akteur_innen* gesprochen wird.

Dimensionen politischer Praktiken heute hinsichtlich der Art von Kommunikation, der Vernetzung und der Dynamiken, die bei der Ausbreitung der Proteste entstehen. Die Verschränkung von analogen und digitalen Protestformaten sowie die vielzähligen Liveübertragungen von Protestgeschehen in den kommerziellen und sozialen Medien erlaubten eine digital vermittelte teilnehmende Beobachtung von Demonstrationen, Versammlungen, Bewegungsabläufen und lieferte Informationen, wie bspw. die Inhalte von Sprechchören, Lautsprecheransagen, den Ablauf oder die ungefähre Größe der Versammlungen. In Höchstphasen von Protesten, wie bspw. im Herbst 2021, interviewten größere staatsunabhängige Medien vermehrt Initiator_innen von Protesten. Darüber hinaus veranstaltete der Landesweite Frauenstreik regelmäßige Onlineveranstaltungen und Pressebriefings, in denen die Aktivistinnen über die nächsten Schritte und Motivationen berichteten. Insbesondere Live-Interviews und Veranstaltungen lieferten wichtige Hinweise und Informationen zu den Entwicklungen der Protestgeschehen.

Entstehung einer neuen Bewegung: Mädels für Mädels und der Polenweite Frauenstreik

Während der polnischen Parlamentswahlen im Juli 2015 standen sich zwei dominante politische Lager gegenüber: auf der einen Seite die zu dem Zeitpunkt regierende liberal-konservative Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska* – PO), die ihr Programm inhaltlich auf die Grundpfeiler Eigentum, Freiheit und das »Einholen des Westens« stützte, und auf der anderen Seite die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS), deren Programm sich rund um die von ihnen als übergeordnet angesehenen Kategorien Staat, Nation und Familie strukturierte.⁶

Nach den Wahlen ging der Großteil der Sitze im Sejm und im Senat an rechtsnationale Parteien, sodass sich das parteipolitische Machtgefüge insgesamt stark nach rechts verschob. Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) konnte dank ihrer absoluten Stimmenmehrheit die Regierung bilden, während sich die liberal-konservative Bürgerplattform und die radikalrechten Ultranationalist_innen (u.a. Vertreter_innen der Nationalen Bewegung in der Partei *Kukiz 15*) in der Opposition befanden. Das national-katholische Lager erreichte zum ersten Mal nach 1989, also dem Beginn freier Wahlen eine umfassende politische Übermacht. Im Mai 2015 stellte es nach dem Wahlsieg des PiS-Kandidaten Andrzej Duda, der gegen den amtierenden Präsidenten Bronisław Komorowski angetreten war, zudem auch den Staatspräsidenten. Die politische Übermacht ermöglichte es der Regierungspartei PiS in den folgenden Jahren, unter der Losung »Guter Wandel« (*Dobra Zmiana*) grundlegende

6 Zu den dem Vergleich der Parteiprogramme beider Parteien in Wahlen von 2015 und jeweils grundlegenden Denkkategorien vgl. Anna Gromada (2017).

systemische Veränderungen vorzunehmen, die so gut wie alle gesellschaftspolitischen Bereiche umfassen und einen kontinuierlichen Demokratieabbau zur Folge haben.⁷

Die Republik Polen gehörte seit dem Jahr 2015 zu den Staaten, in denen der Abbau der Demokratie und der Wandel zu einer Autokratie unter Berücksichtigung von Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit, Repression der Zivilgesellschaft, Freiheit der Medien, Kultur und Wissenschaft sowie fairen und freien Wahlen am schnellsten erfolgt.⁸ Die Veränderungen, die von PiS vollzogen wurden, sind systemisch, da sie eine Reihe von Bereichen und Institutionen betrafen. Dazu gehörten Rechtswesen, Sozialwesen, Kultur und Medien (vgl. Sutowski 2017, Bodnar 2020). Die Änderungen umfassten darüber hinaus typisch biopolitische Programme und Regulierungen, die einzelne Gruppen in der Bevölkerung fördern und deren Lebensweise bevorzugen (vgl. Ramme 2020). In diesem Kontext rückte neben der Frage, wie unter diesen Bedingungen die Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden kann, das Thema der Reproduktion und Normierung von Sexualität ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen.

Im Jahr 2016 ging es ein weiteres Mal um den »Abtreibungskompromiss«.⁹ Es begann damit, dass im März dieses Jahres die Gründung eines legislativen Komitees beantragt wurde, welches das Ziel verfolgen sollte, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um Schwangerschaftsabbrüche fast gänzlich zu verbieten (TVP Parlament 2016). Obwohl die regierende Partei PiS eine Verschärfung des bereits restriktiven Abtreibungsgesetzes grundsätzlich unterstützte, waren es die nichtstaatlichen Anti-Choice-Organisationen *Ordo Iuris* und die Stiftung *PRO – Recht auf Leben* (*PRO – Prawo do Życia*), die im Juli 2016 in diesem Komitee mit dem Namen »Stoppt die Abtreibung« (*Stop Aborcji*) eine solche Gesetzesinitiative vertraten (vgl. PAP 2016). Gleichzeitig begann auch die katholische Kirche Druck auszuüben. In einer offiziellen Erklärung, die am 3. April 2016 in Kirchen in ganz Polen verlesen wurde, forderte sie, den »vollständigen Schutz« des »Lebens« ab der Zeugung zu garantieren (vgl. Prezydium KEP 2016a). Dem Gesetzesvorschlag des Projekts »Stoppt

7 Zu einer detaillierten Analyse der Maßnahmen im Kontext von rechter Sexualpolitik vgl. Jennifer Ramme (2020).

8 Hier beziehe ich mich auf Statistiken und einen vergleichenden Demokratie-Index des V-Dem Forschungsinstituts von 2020, in dem Polen unter den 10 Top-Ländern weltweit aufgelistet wurde, die eine rasante Entwicklung zur Autokratie durchlaufen. An erster Stelle stand bis in das Jahr 2020 Ungarn (Lührmann/Maerz/Grahn/Alizada/Gastaldi/Hellmeier/Hindle/Lindberg 2020). Vgl. auch u.a. den wissenschaftlichen Artikel des Professors und ehemaligen Ombudsmannes für Bürgerrechte Adam Bodnar (2020).

9 Das verschärfte Abtreibungsgesetz wurde über Jahrzehnte in der öffentlichen Presse als Kompromiss betitelt. Aus Perspektive von Akteur_innen, die gegen eine Verschärfung des Gesetzes waren, stellt dieses keinen Kompromiss, sondern ein (auch im europäischen Vergleich) sehr restriktives Gesetz dar.

die Abtreibung« nach sollte es illegal werden, einen Abbruch auch dann zu vollziehen, wenn die Schwangerschaft eine Folge von Gewalt oder die Gesundheit des Fötus oder der Schwangeren in Gefahr seien. Für einen illegalen Schwangerschaftsabbruch sollten die Betroffenen mit bis zu 5 Jahren Haftstrafe bestraft werden können. Ein Abbruch sollte nur dann legal bleiben, wenn das Leben der Schwangeren akut gefährdet wäre. Die Verschärfung der Gesetzeslage hätte in der Praxis noch weitere drastische Auswirkungen haben können, da bereits zu diesem Zeitpunkt eine Inanspruchnahme der gültigen Rechte nur mit Behinderungen möglich war. Infolgedessen hätten die neuen Regelungen also bedeuten können, dass ein Schwangerschaftsabbruch erst in dem Moment vollzogen wird, wenn eine akute Lebensgefahr der schwangeren Person droht.

Als Reaktion auf den drastischen Gesetzesentwurf konstituierte sich im April 2016 das nicht staatliche Gesetzeskomitee »Lass uns die Frauen retten« (*Ratujmy Kobiety*) (vgl. *Ratujmy Kobiety* 2016a). Das Komitee vertrat eine legislative Initiative, die den Titel »Über die Rechte von Frauen und der bewussten Elternschaft« (*O prawach kobiet i świadomym rodzicielstwie*) trug und eine Liberalisierung des bestehenden Abtreibungsgesetzes, die Einführung von Sexualerziehung sowie besseren Zugang zu Verhütungsmitteln und pränataler Gesundheitsfürsorge vorsah (vgl. *Komitet Inicjatywy Ustawodawczej »Ratujmy Kobiety«* 2016). Eine der führenden Persönlichkeiten, die das Komitee in der Öffentlichkeit vertrat und zu einer Unterschriftensammlung zur Unterstützung der Bürgerinitiative aufrief, war die Politikerin Barbara Nowacka. Barbara Nowacka, Tochter von Izabela Jaruga-Nowacka, die sich bereits in den 1990er Jahren für reproduktive Rechte eingesetzt hatte, arbeitete zuvor als Mitarbeiterin der Föderation für Frauen und Familienplanung.¹⁰

Sowohl das Komitee »Stoppt die Abtreibung« (*Stop Aborcji*), als auch das Komitee »Lasst uns die Frauen retten« (*Ratujmy Kobiety*), mobilisierten nun ihre Anhängerschaft und sammelten Unterschriften für ihre Projekte (vgl. *Gąsiorowska* 2016). Bis August 2016 hatten beide Komitees mehr als die notwendigen 100.0000 Unter-

10 Izabela Jaruga-Nowacka, die in einem Flugabsturz verunglückte, war Politikerin (u.a. Vize-Premierin) und hatte in den 1980er Jahren den Vorsitz der Frauenliga (*Liga Kobiet*) übernommen. Ihre Wahl als Vorsitzende der Liga wirkte sich positiv auf die Wahrnehmung dieser Organisation durch die eher antikomunistisch eingestellten neuen Frauenrechtsakteur_innen aus. Zusammen mit Zbigniew Bujak und Barbara Labuda wirkte Izabela Jaruga-Nowacka in den sogenannten Bujak-Komitees mit. Anfang der 1990er Jahre sammelte das Komitee Unterschriften für eine Volksabstimmung für ein Referendum über das Zulassen von Schwangerschaftsabbrüchen. 1996 reichte das Komitee einen Gesetzesentwurf ein, der das Gesetz aus dem Jahr 1993 liberalisieren sollte. Aus Archivmaterialien (z.B. Fotos im Archiv des *Centrum Kobiet* PSF) und Interviews geht hervor, dass sowohl Izabela Jaruga-Nowacka, wie auch Ihre Tochter mit feministischen Akteurinnen, wie beispielsweise der Polnischen Feministischen Vereinigung vernetzt waren/sind.

schriften gesammelt und übergaben diese dem polnischen Parlament, dem Sejm.¹¹ Die drei Monate dauernde Unterschriftensammlung war ein wichtiger Mobilisierungsprozess, der stattfand, bevor es im Herbst zu einem für viele unerwarteten starken Massenprotest kommen sollte. Immer wieder fanden im Laufe der Sammlung Protestaktionen statt, wie z.B. die am 3. April 2016 in mehreren Städten gleichzeitig stattfindende Kundgebung »Nein zur Folterung von Frauen!« (*Nie dla torturowania kobiet*) oder der »Marsch der Würde« (*Marsz Godności*)¹² am 19. Juni 2016 in Warschau, den das Komitee »Lasst uns die Frauen retten« nutzte, um weitere Unterschriften zu sammeln.¹³

Am 22. September 2016 fand im polnischen Sejm die Debatte und Abstimmung über beide Initiativen statt. Die Abgeordneten lehnten den Gesetzesentwurf »Lasst uns die Frauen retten« ab, leiteten jedoch gleichzeitig den »Stoppt die Abtreibung«-Gesetzesentwurf zur weiteren Bearbeitung an eine Sonderkommission des Sejms weiter (vgl. RMF24 2016). Dies führte zu einer Ausweitung der Proteste. Unter anderem organisierten Politiker_innen der Partei *Razem* im September kleinere Kundgebungen und eine Internetkampagne. Gocha Adamczyk, eine Politikerin der Partei *Razem*, initiierte das Hashtag #CzarnyProtest (# SchwarzerProtest), der zu dem populärsten Hashtag des Jahres wurde und die Farbe Schwarz als Symbol der Bewegung prägte. Mit bis zu 44,5 Millionen Einträgen auf Facebook, Twitter und Instagram übertraf das Hashtag #CzarnyProtest, den von der Regierung unterstützten konkurrierenden Hashtag #BiałyProtest (#WeißerProtest), der nur circa 790.000 User erreichte, um ein Vielfaches.¹⁴

Auf die Frage in einem Zeitungsinterview, warum die Aktion #CzarnyProtest so viel Erfolg hatte, erklärte Adamczyk:

Es war ein Protest mit einfacher Anweisung. Ziehe Dich schwarz an, mach ein Foto, und nachher: geh nicht arbeiten, geh zur Demo. Du musst nicht alles machen. Es reicht eins dieser drei Dinge. Das war in fast jedem Haushalt machbar und in jedem Kleiderzimmerschrank verfügbar. Zuerst gab es das Hashtag. Der spätere

-
- 11 »Stop Abtreibung« hatte 450.000 Unterschriften und das Komitee »Wir retten die Frauen« je nach Angaben um die 120–180.000 (vgl. Gazeta Wyborcza 2016).
 - 12 Zum Marsch der Würde vgl. z.B. Ratujmy Kobiety (2016b) und siehe z.B. die FB-Veranstaltung »Marsz Godności« (2016).
 - 13 Die Proteste »Nein zu der Folterung von Frauen« wurde durch die Partei *Razem* organisiert und fanden in den Städten Częstochowa, Białystok, Gorzów Wielkopolski, Katowice, Kielce, Koszalin, Kraków, Lublin, Łódź, Opole, Poznań, Rzeszów, Szczecin, Toruń, Trójmiasto, Warszawa, Wrocław, Zielona Góra, Oslo, London statt. Allein in Warschau vor dem polnischen Sejm versammelten sich bis zu 7000 Menschen (vgl. Dłużewska/Chełmiński/Gazeta Wyborcza 2016).
 - 14 Auch die Hashtags #CZARNYPONIEDZIAŁEK (14,594,936), #STRAJKKOBIECI (2,465,094) freuten sich einer weitaus größeren Popularität in den sozialen Medien (vgl. ebd. Polityka W Sieci 2016).

Streik war eine Initiative von unten – die Menschen bedienten sich des Slogans und die Sache war nicht mehr zu stoppen. Der Schwarze Protest begann unterschiedliche Formen anzunehmen. Ich freue mich, dass wir – ich und die Leute von *Razem* – diesen Impuls gegeben haben. Anfangs gab es bei Instagram 17 Posts. Dann 100. Dann plötzlich 3000. Danach ging die Lawine los. Erst wollte ich alle Selfies auf dem Event mit dem Like-Button versehen, aber es stellte sich schnell heraus, dass meine Finger dafür zu langsam waren (Gostkiewicz/Gazeta.pl 2020 – Übers. J.R.).

Am Beispiel von Protest-Kommunikationshandlungen, die in den sozialen Medien im Zusammenhang mit den Hashtags #BlackProtest, #CzarnyProtest, #CzarnyPoniedzialek, #StrajkKobiet usw. stattfanden, beobachtet Anna Nacher die Entstehung von Code/Raum-Kontinuen, bei denen die »starren Grenzen zwischen dem Physischen und dem Virtuellen« verschwimmen würden (Nacher 2020). Die Art des Protests beruhte oft darauf, dass Menschen sich mit einem handschriftlich gemalten Hashtag auf einem Blatt Papier in einem privaten Raum fotografierten, um das Foto in ihren persönlichen oder semiöffentlichen Gruppen auf Facebook zu veröffentlichen und mit ähnlichen Porträts zu verlinken. Über diese nach ähnlichem Muster erfolgenden wiederholten Akte des Sich-Zeigens auf singulären Social-Media-Profilen und die Verknüpfungen mit ähnlichen verorteten Positionierungen wurden Zugehörigkeiten inszeniert und gemeinsame Gegenöffentlichkeiten konstituiert.

Die durch das Hashtag #CzarnyProtest popularisierte Farbe Schwarz sollte zum prägenden Merkmal der Straßenproteste werden, die im Oktober 2016 ihren Höhepunkt in Form eines landesweiten Frauenstreiks erreichten. Davor organisierte die Partei *Razem* am 25. September 2016 insgesamt neun Protestkundgebungen in verschiedenen polnischen Städten (OSK 2018). Eine der Städte war Wrocław und dort war es auch, wie Marta Lempart es mir in einem Interview im März 2017 erzählte, wo sie erstmals von einer öffentlichen Plattform aus zum Polenweiten Frauenstreik aufrief.¹⁵ Die Idee dazu hatte ihre Partnerin Natalia Pacewicz.¹⁶

Die landesweite Mobilisierung für den Streik verlief kurz danach in einem rasenden Tempo. Auf der Facebook-Seite zum Frauenstreik, die Robert Wagener zu dem Ereignis am 3. Oktober 2016 einrichtete, meldeten sich im Laufe einer Nacht etwa 60.000 Teilnehmende an. Kurz vor Beginn des Streiks zeigte die Teilnehmerzahl des Ereignisses auf Facebook 600.000 Teilnehmende an. Diese virale Mobilisierung und der massenhafte Zuspruch brachte enorme koordinatorische, kommunikative, technische und logistische Herausforderungen mit sich. Die Administration der Plattformen in den sozialen Medien sowie die Verwaltung der Kommentare und der

15 Vgl. Interview mit Marta Lempart v. März 2017 in Wrocław.

16 Ebd.

Nutzer_innen musste ununterbrochen und von mehreren Personen gleichzeitig geleistet werden.¹⁷

Da Marta Lempart zuvor in der Bürgerbewegung Komitee zur Verteidigung der Demokratie (*Komitet Obrony Demokracji* – KOD) aktiv gewesen war, konnte sie bei der Koordination des sich mittlerweile über die polnischen Landesgrenzen ausbreitenden Protests auf Erfahrungen, Ressourcen und Netzwerke dieser Gruppierung zurückgreifen.¹⁸ Allerdings grenzte sich der Polenweite Frauenstreik (*Ogólnopolski Strajk Kobiet*) in seiner Selbstbeschreibung von »Organisationen« und Parteien ab und deklarierte sich als Protest »gewöhnlicher Frauen«.¹⁹ Dies wurde vonseiten feministischer Initiativen, wie z.B. den Akteur_innen der »8. März-Koalition« in Warschau mit Skepsis und als Abgrenzung gegenüber feministischen Initiativen aufgenommen. Aus den qualitativen Interviews geht hervor, dass die Abgrenzung u.a. dem KOD galt, das anfangs gezögert hatte, eine klare Haltung zum Thema Abtreibung einzunehmen, und Diskussionen zu reproduktiven Rechten auf seiner Plattform erschwert, was zu Unmut unter insbesondere Anhängerinnen führte, die sich infolgedessen vom KOD abwandten (vgl. Ramme 2022). Zudem hatten sich Gerüchte verbreitet, der Vorsitzende von KOD zahle keinen Unterhalt für seine Kinder, was zur öffentlichen Diskreditierung der Leitung von KOD führte.

-
- 17 Marta Lempart berichtete im Interview (ebd.), dass 2–4 bis zu 10 Stunden täglich mit der Administration des Facebook-Events und der FB-Gruppe des Polenweiten Frauenstreiks beschäftigt waren. Ebd. Diese Facebook-Gruppen und Veranstaltungen werden meist von mehreren FB-Profilen mit Administrationsrechten koordiniert. Zu der Administration der Gruppen gehört unter anderen das Verwalten von Mitgliedern und Kommentaren. Hinzukommen die zahlreichen FB-Veranstaltungen lokalen Streikgruppen, die autonom von den jeweiligen Gruppen und Personen vor Ort eingerichtet und administriert wurden.
- 18 Das von Mateusz Kijowski auf FB initiierte KOD wuchs in kürzester Zeit zu einer Initiative mit etwa 30.000 Followern heran und hatte aus diesem Grund Erfahrungen mit der Mobilisierung und Organisationen von Protesten, die durch digitale Plattformen gestützt werden. Marta Lempart konnte bei der Organisation auf dieses Wissen zurückgreifen. Lempart gab zudem an, sie habe sie zuvor in ihrer Arbeit (u.a. in der lokalen Verwaltung und in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung) größere Menschengruppen koordiniert und dieses Wissen hätte ihr bei der Koordination des Streikereignissen und der späteren Koordination des Netzwerkes geholfen. Vgl. Interview mit Marta Lempart v. März 2017 (Wrocław).
- 19 Durch die Person Marta Lempart und das vorherige Engagement im liberal und bürgerlich konnotierten KOD, wurde der Polenweite Frauenstreik vom linken Spektrum der feministischen Bewegung nach dem Streik und dem bekannt werden von Lempart, zum Teil mit Distanz betrachtet. Auch wenn sich in meinen Interviews und auch anderen Forschung gezeigt hat, dass ein Teil der Organisatorinnen des Streiks zuvor in KOD aktiv waren, sind KOD und OSK als separate voneinander unabhängige Initiativen zu betrachten. Andere Gruppierungen, welche durch lokalen Organisator_innen der Streiks benannt wurden, waren neben KOD vor allem die Partei *Razem*, und dann der Frauenkongress (*Kongres Kobiet*) und sehr vereinzelt die Partei *Nowoczesna*, die 8 März Demonstration »Manifa«, das Frauenrechtszentrum (*Centrum Praw Kobiet*, CPK).

Eine ehemalige Aktivistin von KOD, welche die Gruppe Mädels für Mädels (*Dziewuchy-Dziewuchom*, DD) mitbegründete, berichtete enttäuscht über die Haltung der Leitung des KOD zu Frauenrechten (»wenn Rechte von 50 % der Menschen nicht berücksichtigt werden, ist es keine Demokratie«) sowie darüber, dass ihre Posts oder Fragen zu den Unterhaltsschulden von der Facebook-Seite gelöscht wurden.²⁰ Ihrer Meinung nach hätte das KOD hierarchisch agiert und Frauenrechte mit der Begründung aufgeschoben, es sei »nicht der richtige Zeitpunkt« gewesen (*»nie czas na to teraz«*).²¹

Ein bezeichnendes Merkmal der Bewegung war, dass sich die einzelnen lokalen Frauenstreik-Komitees spontan und unabhängig bildeten und sie dafür keine offizielle Zusage seitens der Gruppe der Initiatorinnen des Frauenstreiks und der Haupt-event-Koordinator_innen auf Facebook brauchten. Eine der an dem Streik beteiligten Frauen aus einer kleinen polnischen Ortschaft beantwortete die Frage, wie sie sich dem Polenweiten Frauenstreik angeschlossen hatte, wie folgt:

Es passierte am 3. Oktober sehr spontan zusammen mit meiner Tochter und nachdem ich verärgert war, über den Vorschlag der Regierung, die Gesetzesinitiative von *Ordo Iuris* – ein absolut restriktives Gesetz – zu diskutieren. Damit waren wir absolut nicht einverstanden. In unserer Stadt Rybnik mit nur circa 100.000 Einwohnern versammelten sich um die 1000 bis 1500 Frauen. Sie alle kamen spontan, erschrocken über diesen zur Debatte stehenden Entwurf. Aus Erfahrung wussten wir bereits, wie diese Regierung agiert: Nachts wird etwas verhandelt und morgens erfahren wir, dass die Entscheidungen schon gelten. Deshalb mussten wir schnell reagieren. So fing es an und dann folgten weitere Proteste. Zwischenzeitlich bildeten wir eine Gruppe, wir sind heute 7 Personen, nicht nur Frauen, sondern auch zwei Männer. Wir engagieren uns bis heute. Auch entstand unsere Gruppe Polenweiter Frauenstreik (*Ogólnopolski Strajk Kobiet*), an der wir uns aktiv beteiligen.²²

Laut der Narration der anerkannten Initiatorinnen und Ideengeberinnen des Frauenstreiks, Natalia Pacewicz und Marta Lempart, war die Idee des landesweiten Streiks vom 3. Oktober 2016 von dem Frauenstreik in Reykjavik, Island, im Jahr 1975 inspiriert, bei dem 90 % der Frauen ihre Arbeit niederlegten.²³

Weder in öffentlichen Statements noch in den geführten Interviews machten die Initiator_innen des Polenweiten Frauenstreiks (auch »Schwarzer Montag« genannt) Referenzen zu früheren Protesten in Polen, wie z.B. den Mobilisierungen gegen die

20 Interview mit Alicja v. Oktober 2016 in Berlin (Übers. J.R.).

21 Ebd.

22 Siehe Interview mit Jolanta v. März 2017 in Warschau (Übers. J.R.).

23 Zum Frauenstreik in Island vgl. z.B. Brigitte Kiechle (2019: 41–45).

Verschärfung des Abtreibungsrechts in den frühen 1990er Jahren. Auch der Globale Frauenstreik (*Global Women's Strike*) im Jahr 2000, in dessen Rahmen die Frauenvereinigung vom 8. März (*Porozumienie Kobiet 8 Marca* – PK8M) die erste Warschauer »8. März-Demonstration« organisierte, fand keine Erwähnung. Bestätigt wird dies durch die Beobachtung, dass die Initiative des Frauenstreiks auf personeller Ebene relativ losgelöst von dem bereits existierenden feministischen und frauenpolitischen Milieu entstand, obwohl sich viele engagierte Akteur_innen, die bereits zuvor an Protestaktionen teilgenommen hatten, dem Streik anschlossen.²⁴ Die Regeln, nach denen der Streik sich organisierte, sahen vor, dass der Streik auf Landesebene »ohne Logo und als Koalition von Menschen und nicht von Organisationen« stattfindet, während die Entscheidung auf lokaler Ebene den Organisationen freigestellt würde (vgl. hierzu z.B. Ogólnopolski Strajk Kobiet 2017). Die Bewegung entstand als Reaktion. Sie hatte sich um ein Problem – die drohende Verschärfung des Abtreibungsgesetzes – versammelt, mit dem Ziel, dieses zu verhindern. Die sich im Modus des *Dissens* mobilisierenden und bündelnden Kräfte tausender Einzelpersonen und Initiativen besaßen keine gemeinsame »Identität«. Sie besaßen auch keinen gemeinsamen aktivistischen »Ursprung«, denn sich die an den Protesten teilnehmenden Akteur_innen hatten sich zu verschiedenen Zeitpunkten und aus unterschiedlichen Zusammenhängen in Bezug auf ein Problem mobilisiert und versammelt. Eine Zusammengehörigkeit von Protestereignissen konstituierte sich durch zeitliche und/oder räumliche Synchronisierungen von Ereignissen und die Wiederholung von ähnlichen Inszenierungen, Handlungen, Gesten, Wörtern und Symboliken. Dazu gehörte bspw. der wiederkehrende Einsatz der Farbe Schwarz (schwarze Bekleidung, Grafiken mit schwarzen Hintergründen usw.) oder auch in Social-Media-Kanälen verbreitete Selfies mit denselben Hashtags und ähnlichen räumlichen Anordnungen. Durch diese Strategien entstanden im Bewegungsverlauf sinnliche Analogien und Kontinuitäten, wobei zu betonen ist, dass die sich fortwährend im Wandel befindliche *Bewegung* immer wieder neue Formate und Anknüpfungen generierte.

24 Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass bereits ein Jahr zuvor auf den Plakaten der feministischen Demonstrationen *Manifa* in Wrocław zum Frauentag 2015 zu einem Streik aufgerufen wurde. Es kam danach jedoch nicht zu massenhaften Versammlungen oder Arbeitsniederlegungen. Es ist zu vermuten, dass die Initiatorinnen des Frauenstreiks im Jahr 2016, die zu diesem Zeitpunkt in Wrocław lebten, den Aufruf aus dem Jahr 2015 rezipiert hatten (vgl. hierzu Ramme/Snochowska-Gonzalez 2019). Das Beispiel verdeutlicht, dass es Aufruf zum Streik allein nicht ausreicht, um Menschenmassen zu mobilisieren und so ein Aufruf auf eine entsprechende Stimmung in der Bevölkerung treffen muss, um wirksam zu werden.

Digitale Mobilisierungen, verortete Praktiken relationaler Solidarität und die Rückkehr des Persönlichen im Politischen

In der ersten Mobilisierungsphase vor dem Hauptereignis am 3. Oktober 2016 kam es zu einer weitreichenden Vernetzung von Personen, die sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht kannten. Die Vernetzung erfolgte zunächst in erster Linie über Facebook-Profile. Über ein solches Profil war es möglich, Facebook-Gruppen wie dem Polenweiten Frauenstreik, lokalen Gruppen des Frauenstreiks oder der Gruppe *Mädels für Mädels* (*Dziewuchy-Dziewuchom*, DD) beizutreten, mitzudiskutieren sowie Veranstaltungen bzw. Kundgebungen zu organisieren. An dem Prozess der Entstehung der Gruppe *Mädels für Mädels* lässt sich gut aufzeigen, welche Wirkung Emotionen haben können, wenn sie in Verbindung mit digitalen Kommunikations- und Vernetzungsplattformen in einer politischen Mobilisierung zum Tragen kommen. Im Jahr 2016 trugen sie auf jeden Fall in entscheidendem Maße zu der rasanten Mobilisierung und der Entstehung der neuen frauenpolitischen *Bewegung* bei.

Alicja, die zu dem Zeitpunkt Aktivistin der Gruppe der *Mädels Berlin* (*Dziewuchy Berlin*) war, erzählte der Verfasserin im Oktober 2016, wie diese Bewegung zustande kam. Es begann mit dem privaten Facebook-Post einer Nutzerin, die unter Spitznamen auftrat.²⁵ Sie postete am 31. März 2016 den Satz: »Mädels! Ich bin so wütend. Wir müssen etwas tun!«²⁶ Immer mehr Personen begannen, den Post zu »liken«. In privaten Nachrichten kontaktierten sich die Unterstützer_innen und stellten einen dringenden Handlungsbedarf fest. Noch am selben Tag, als der Satz im Internet gepostet wurde, entstand die FB-Gruppe namens *Mädels für Mädels* (*Dziewuchy Dziewuchom*). Hunderte Facebook-Nutzer_innen traten der Gruppe innerhalb kürzester Zeit bei. Alicja, die sich von Anfang an in der Gruppe engagierte, war von der Entwicklung überwältigt und erzählte der Verfasserin fassungslos: »Als ich am nächsten Tag aufwachte, waren 20.000 in dieser Gruppe«.²⁷ Mit Unterstützung digitaler Technologien entstand sprichwörtlich über Nacht eine *Bewegung*, die sich nach der Initialzündung nicht mehr stoppen lies und verbreitete. Nach einigen Tagen zählte die FB-Gruppe *Mädels für Mädels* schon mehr als 200.000 Mitglieder. In ganz Polen aber auch darüber hinaus gründeten sich zudem weitere lokale Gruppen der *Mädels für Mädels* mit jeweils eigenen Facebook-Plattformen. Diese organisierten sich zusätzlich meist in kleineren Kerngruppen über den virtuellen Raum hinaus.

Obwohl viele Faktoren mit dem Erfolg des Protests verbunden sind, ist anzunehmen, dass erst die Verwendung digitaler Technologien die rasante Mobilisie-

25 Alicja zufolge lautete der Name des FB-Profiles Agata Noga Zamiata (»Agata kehrt mit dem Bein aus«). Interview v. 2016.

26 Information auf Basis des Interviews mit Alicja v. Oktober 2016 in Berlin und einem Screenshot von dem Facebook-Post aus dem Archiv von Alicja (Übers. J.R.).

27 Interview mit einer Mitbegründerin der FB-Gruppe »Dziewuchy-Dziewuchy« v. 2016.

rung ermöglichte.²⁸ Die Beschleunigung und Personalisierung von Kommunikation durch digitale Medien sind zwei wesentlichen Merkmale des sich schnell ausbreitenden Aktivismus (vgl. Poell/van Dijck 2019: 529). Aktuelle feministische Mobilisierungen teilen zudem ihre Charakteristika mit anderen Mobilisierungen wie der weltweiten Occupy-Wall-Street-Bewegung, den spanischen Indignados, der Europäischen Bewegung der Empörten oder der Mobilisierung gegen das internationale Handelsabkommen ACTA (*Anti-Counterfeiting Trade Agreement*). Laut Jacek Kołtan, welcher die digital gestützten Proteste STOP ACTA von 2012 in Polen untersuchte, handelt es sich um gesellschaftliche Mobilisierungen, die den bisher als selbstverständlich geltenden Rahmen politischer Kultur neu definieren, indem sie sich gegen politische Ohnmacht auflehnen und neue Formen der Solidarität ausdrücken (Kołtan 2014: 587). Kołtan weist daraufhin, dass Mobilisierungen wie die von STOP ACTA im Jahr 2012 in Polen ein Kooperations- und Mobilisierungspotential von »Gruppen und Individuen [zeigen], die bisher vereinzelt und ohne Stimme waren und für sich selbst im globalen Netz des Internets einen natürlichen Raum der Kommunikation geschaffen haben« (ebd. – Übers. J.R.).

Es ist anzunehmen, dass die Technologien der sozialen Medien und die digitalen Algorithmen sowohl die Vernetzung als auch die personalisierte Kommunikation förderten. Thomas Poell und José van Dijck stellten dazu fest, dass soziale Medien nicht einfach nur als »Werkzeuge« zum Aufbau persönlicher Netzwerke oder als bloße »Vehikel« für öffentliche Stimmungen zu betrachten seien. Diese Technologien lenkten die Nutzer_innen darüber hinaus explizit »in Richtung personalisierter Verbindungen, während sie gleichzeitig virale Mechanismen in die öffentliche Kommunikation einführen, die Momente der Zusammengehörigkeit erzeugen« (Kołtan 2014: 533).

Wissenschaftler_innen wiesen zudem auf die stark emotionalisierte Sprache hin, welche die Proteste im Jahr 2016 begleitete. Einige bringen selbst den Erfolg der neuen Bewegungen damit in Zusammenhang (vgl. z.B. Murawska/Włodarczyk 2017). Jahrzehntelang hatten sich zuvor frauenpolitische Akteur_innen in Polen bemüht, ihre Anliegen mit Distanz zu der eigenen gesellschafts-politischen Situierung und rationalen Argumenten oder mittels Humors zu vertreten. Sie hatten jedoch nur selten aus der Perspektive persönlicher Betroffenheit berichtet. Dies änderte sich im Jahr 2016 grundlegend. Nach den vielen Jahren der diskursiven

28 Lace Bennet und Alexandra Segerberg bezeichnen diese neuen Formen des vernetzten digital- gestützten Aktivismus als *Connective Action*, womit sie die größere Flexibilität dieser Aktionsform gegenüber der »Kollektiven Aktion« (*Collective Action*) in sozialen Bewegungen und Protesten unterstreichen. Kollektiven Aktion verbinden die Autor_innen allerdings mit einem Verständnis kollektiver Identität, dass mit starren Organisationsstrukturen und Ressourcen zusammenhängt (vgl. Bennett/Segerberg 2013: 111).

Defensive gelang es der frauenpolitischen Bewegung damit endlich, den interpretativen Diskurs-Rahmen der öffentlichen Debatte maßgeblich zu beeinflussen (vgl. Korolczuk 2019).

In halböffentlichen Formaten sozialer Medien wie Facebook verschwimmen die Grenzen zwischen dem, was als privat und öffentlich gilt, und – wie im Fall des zuvor beschriebenen *Dziewuchy* – kann eine affektive Handlung oder Äußerung im Rahmen eines privaten Accounts gegenüber Freunden und Familie durch das virale Teilen von Beiträgen eine breite Öffentlichkeit erreichen. Neben den ausbrechenden Emotionen, dem Gefühl der Ohnmacht und der Wut, welche die Proteste begleiteten, sind dies weitere Faktoren für die Zunahme von emotionalen Positionierungen aus der Perspektive der persönlichen Betroffenheit.

Ausschlaggebend für den Erfolg der frauenpolitischen Proteste von 2016 war nicht allein, dass über eine emotionalisierte Sprache Affekte mobilisiert werden konnte. Genauso wichtig war auch, dass die Sprache und die öffentlichen Statements verortet und an konkrete Personen und ihre Erfahrungen geknüpft waren. Anders als beispielsweise im Fall von STOP ACTA zeichnen sich die frauenpolitischen Mobilisierungen von 2016 durch eine stark im lokalen Kontext verortete Anbindung der sich als *Bewegung* versammelnden Akteur_innen aus. Diese pluralen und konkret verorteten semiöffentlichen Positionierungen, die in eigenen sozialen Netzwerken auf Facebook und Instagram erfolgten, verliehen der Bewegung nicht ein Gesicht, sondern die Gesichter vieler, womit sie dem massenhaften Ausdruck des Unmuts Authentizität verliehen.

Aus den vielen Interviews und Gesprächen, die für Zwecke dieser Forschung mit lokalen und überregionalen Koordinatorinnen der Streiks geführt wurden, geht hervor, dass viele der Frauen erst über soziale Medien (insbesondere Facebook) voneinander erfuhren. Aktivistinnen aus kleineren Ortschaften und Dörfern erzählten, dass sie erst über die digitale Plattform Facebook über sich erfuhren, sich kennenlernten und vernetzten. Zu persönlichen Treffen kam es oft erst im späteren Verlauf der Mobilisierung und der Organisation von lokalen Streikereignissen. Als Beispiel sei Węgorzewo, eine kleine Ortschaft im Nordosten Polens, genannt. Die Aktivistinnen der lokalen Gruppe *Mądels für Mądels* und die Organisatorinnen des örtlichen Streiks lernten sich erstmals über soziale Medien kennen. Zu persönlichen Treffen außerhalb des digitalen Raums kam es erst später.²⁹

Aus der Erforschung ähnlicher digital gestützter Mobilisierungen ist bekannt, dass die Praxis der digitalen Vernetzung und Relationierung nicht automatisch zu stabilen Zusammenhängen oder Gemeinschaften führt, die beständig sind und auch außerhalb sozialer Plattformen gelebt werden (Poell/van Dijck 2019). Im Verlauf der frauenpolitischen Mobilisierung im Jahr 2016 gelang vielerorts der Sprung

29 Auf Basis von Gesprächen mit einer Aktivistin der Grupy *Dziewuchy Węgorzewo* im März 2017 und August 2020.

von digital gestützten Praktiken der gegenseitigen Bezugnahme und der punktuellen Versammlung um ein gemeinsames Problemfeld (*Ding*) zur Formierung nachhaltiger solidarischer Zusammenhänge.

Auf der Basis der Forschung zu antikapitalistischen Protestbewegungen in Großbritannien zeigten Gavin Brown und Jenny Pickerill auf, dass sich die Konstituierung von Räumen, in denen sich das emotionale und affektive Engagement der Teilnehmer_innen äußert, positiv auf die Nachhaltigkeit politischen Widerstands auswirkt (Brown/Pickerill 2009). Die Facebook-Gruppe *Mädels für Mädels* diente nicht nur der Mobilisierung und der Organisation von Protesten sowie dem Austausch von Informationen. Viele fanden zum ersten Mal einen Raum und Ort, in dem es ihnen möglich war, ihre persönlichen Gedanken und Erfahrungen in einer lebhaft interagierenden virtuellen Gemeinschaft auszutauschen.

Gerade in den Anfangsmonaten der Mobilisierung von 2016 fanden innerhalb der Facebook-Gruppen Kommunikationsprozesse statt, die an die »Bewusstseinsbildungsgruppen«, wie beispielsweise der feministischen Bewegung der 1960er und 1970er Jahre u.a. in den USA erinnern.³⁰ »Bewusstseinsbildungsgruppen«, in denen sich eine Wahrnehmung von Kollektivität der zuvor vereinzelt geglaubten und erlebten Erfahrungen bildet, waren Grundbausteine für die Entstehung feministischer Bewegungen in dieser Zeit. Gruppengespräche hatten den Beteiligten gezeigt, dass auch viele andere ihre zuvor als vereinzelt wahrgenommenen Erfahrungen teilten. Persönliche Erfahrungen wurden als Teil eines größeren Zusammenhangs begriffen und auf gesellschaftspolitische Missstände zurückgeführt. Dieser Rückbezug auf Politik und Gesellschaft ist auch in den Berichten über die persönlichen Erfahrungen der Beteiligten an der Bewegung im Jahr 2016 zu beobachten.³¹ Auf einzelne persönliche Schilderungen von Erlebnissen folgten oft Rückmeldungen und Berichte anderer Frauen, die ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Damit wurde nicht nur das kollektive Ausmaß des angesprochenen Problems sichtbar, sondern auch das Ausmaß des Schweigens, der Verletzungen und des Leidens, das damit verbunden war. Diese Erfahrungen stellten die Basis für kollektive reflexive Prozesse, die sich massenhaft an ungezählten Orten und auf digitalen Plattformen wie denen von Facebook ereigneten.

Hinzu kam, dass viele zum ersten Mal über ihre Erlebnisse als »Frauen« in einem [semi-]öffentlichen Raum sprachen. Öffentliche Bekundungen und Zeugnisse persönlicher Betroffenheit kamen später auch auf den Straßen und Plätzen während der zahlreichen Kundgebungen vor. Vielerorts bildeten sich öffentliche »Hydeparks« als Bestandteil der Proteste. Diese bekamen unterschiedliche Bezeichnungen, in Łódź nannten Aktivistinnen der Gruppe *Mädels für Mädels* diese

30 Zu den Gruppen in den 1960er und 1970er Jahren vgl. z.B. Jo Freeman (2000) oder Diane Kravetz (1978).

31 Zu einigen Beispielen bzgl. Gewalt gegen Frauen siehe Jennifer Ramme (2019).

Aktionsform die »feministische Redner_innenpulte« (*Mównice Feministyczne*), in Krakau »*Wszechnice*« und anderenorts »freies Mikrofon« (*Wolny Mikrofon*).³² Eine der Interviewpartnerinnen, die ein solches öffentliches Reder_innenpult in einer Kleinstadt organisierte, erzählte: »Die Frauen gingen an das öffentliche Mikrofon und erzählten schreckliche Dinge.«³³ Es schien, als sei ein Knoten gelöst worden, der die Beteiligten jahrzehntelang hatte schweigen lassen. Auf dem erstmals am 3. Oktober 2016 organisierten und live übertragenen »Hydepark« in Łódź sprachen Teilnehmende des Protests, die zuvor noch nie öffentlich gesprochen hatten, spontan über ihre persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse, darunter auch über Abtreibung.³⁴ Stimmen, die bisher nicht gehört wurden, beanspruchten jetzt den öffentlichen Raum. Auf die persönlichen Zeugnisse folgte in der Regel ein Schwall des Mitgefühls seitens der vor Ort Versammelten. Gleichzeitig wuchs aber auch die Wut über das Ausmaß an Leid, das nun öffentlich zum Ausdruck kam.

Diese Prozesse sind mit der von Clare Hemmings beschriebenen affektiven Solidarität vereinbar (Hemmings 2012). Laut Hemmings fußt affektive Solidarität nicht auf Identität, sondern der Erfahrung affektiver Dissonanz, womit eine Kluft zwischen Selbsterzählung bzw. körperlicher Selbsterfahrung und sozialer Realität gemeint ist (ebd.). Allerdings war im Fall der Proteste von 2016 auch die Zugehörigkeitskategorie »der Frauen« und deren affirmative Aneignung von zentraler Bedeutung. Über die wiederholten Kommunikationsakte Betroffener und die multiple gegenseitige affektive Bezugnahme sowie Prozesse des Signifizierens und kollektive reflexive Kommunikation konstituierte sich zumindest für die Zeit der jeweiligen Ereignisse und Versammlungen ein politisches Subjekt der »Frauen«.³⁵ Die politischen Ereignisse und Prozesse generierten bei vielen erstmals Protestierenden einen Sinn der Zugehörigkeit zu einem *Wir* »der Frauen«, das sich durch eine gleichzeitige Distanzierung von einem repressiven Gender-Regime, dem sie sich als »Frauen« ausgesetzt sahen, auszeichnete.

-
- 32 Über diese Form der Rückgewinnung von Raum wurde unter anderem in den Einzelberichten über Proteste von lokalen Koordinator_innen auf der Generalversammlung des OSK im März 2017 in Warschau erzählt, die ich im Rahmen einer offenen teilnehmenden Beobachtung besuchte. In Łódź wurden nach dem ersten Feministischen Rederinnenpult am »Schwarzen Montag« 3. Oktober 2016 regelmäßig solche Hydeparks organisiert. Mit der Zeit ähnelten diese jedoch Diskussionspanels mit eingeladenen Gästen (vgl. zum Beispiel das Facebook-Event: *łódzkie Dziewuchy Dziewuchom* 2018): oder das Video: *Flieger/Wyborcza łódź* 2017).
- 33 Interview durchgeführt mit einer Aktivistin (anonymisiert) im März 2017, die für eine Versammlung des Landesweiten Frauenstreiks in Warschau angereist war.
- 34 Gesprächsnotiz. Teilnehmende Beobachtung auf der landesweiten Koordinator_innenversammlung des OSK in Warschau März 2017.
- 35 Zu Judith Butler Analyse von Prozessen der Signifikation und performativen Konstituierung von »Identität« und auch der Problematik der Unbewohnbarkeit von Identität und Gender (vgl. Butler 1990).

Vom Widerstreit des *Demos* bis zum globalen Frauenstreik

Am 3. Oktober 2016 war es so weit. Etwa 200.000 Menschen aus ca. 150 Ortschaften in Polen beteiligten sich an dem Streik. Der »Schwarze Montag« ging als die größte Manifestation seit der *Solidarność*-Bewegung zu Zeiten des Staatssozialismus in die Geschichte ein.³⁶ Drei Tage später beschloss eine Stimmenmehrheit im Sejm am 6. Oktober 2016 die Gesetzesinitiative »Stopp der Abtreibung« abzulehnen.

Der vorherrschende Grund, der am 3. Oktober 2016 die Menschen, von denen die überwiegende Mehrheit Frauen waren, auf die Straße trieb, war ein allgemeines Gefühl von Empörung und Wut. Dieser gewaltige kollektive Gefühlsausbruch war in allen Facetten des Protests und schließlich auch in den für die vorliegende Arbeit geführten Interviews zu bemerken. Es kann davon ausgegangen werden, dass es nicht von großer Bedeutung war, wer die Initialzündung für die Proteste gab. Die Massenbeteiligung am Streik im Herbst 2016 war nicht die Folge einer lang andauernden Planung, sondern war auf die größtenteils spontane Reaktion auf aktuelle politische Vorgänge zurückzuführen. Ähnlich wie im Fall der zwischen März und April 2016 entstandenen Gruppe *Mądels für Mądels* wirkte ein Schneeballeffekt, den die sozialen Medien befeuerten.

Die Tatsache, dass der Frauenstreik in kurzer Zeit zu solch einem großen Ereignis mit einer Massenbeteiligung im ganzen Land und über die Landesgrenzen hinaus wurde, überraschte nicht nur das rechte politische Lager und die Regierung, sondern auch die Initiator_innen des Streiks. Auf einer landesweiten Versammlung des Frauenstreiks im März 2017, an der ich als Beobachterin teilnahm, erzählten viele der lokalen Organisator_innen, dass die Frequenz auf den Protesten am 3. Oktober 2016 überwältigend war und sie anfangs mit nur wenigen Teilnehmenden gerechnet hatten. Die großen Menschenansammlungen blockierten und besetzten sprichwörtlich viele zentrale Orte in großen Städten und kleinen Ortschaften und machten sie für Autos unbefahrbar.

Aus den im Spätherbst 2016 und Frühjahr 2017 mit Frauen der Gruppen des Polenweiten Frauenstreiks und der Gruppe *Mądels für Mądels* durchgeführten qualitativen Interviews geht hervor, dass sich keine von ihnen vor Herbst 2016 frauenpolitisch engagiert hatte. Dies trifft sogar auf die prominentesten Gesichter des Streiks zu, wie z.B. Klementyna Suchanow und Marta Lempart. Eine mit einer Kollegin zwischen Frühjahr und Herbst 2017 durchgeführte quantitative Befragung von fast 100 lokalen Koordinatorinnen lokaler Gruppen des Polenweiten Frauenstreiks (OSK) ergab, dass zum Zeitpunkt der Organisation des ersten großen Streiks, des »Schwarzen Montags« vom Oktober 2016, sich nur 26,32 % von ihnen erstmalig in irgendei-

36 Die Angaben zu der Teilnehmenden Zahl schwankt von 100.000 (Angaben der Polizei) und 200.000 (Angaben der Organisator_innen). Nach Angaben der Polizei gab es 143 angemeldete Kundgebungen (zu den polizeilichen Angaben vgl. CBOS/Gwiazda 2016: 1).

ner Form als Organisatorin für frauenpolitische Themen eingesetzt hatte.³⁷ Unter den Frauen aus kleineren Städten und Dörfern waren vor dem Streik im Jahr 2016 sogar nur 18,84 % an der Organisation von Initiativen für Frauen beteiligt; 30,44 % hatten an solchen Initiativen teilgenommen (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2019). Bei Frauen aus Großstädten sah es etwas anders aus: 46,15 % hatten bereits Initiativen für Frauen organisiert und 42,31 % an Aktionen für Frauenrechte teilgenommen (ebd.).

Auch diesbezüglich zeigt sich eine Parallele zu den Mobilisierungen gegen die Verschärfung des Gesetzes zu Schwangerschaftsabbrüchen in den frühen 1990er Jahren. Aleksandra Solik, die sich u.a. im Jahr 1992 an der Sammlung von Unterschriften³⁸ für eine Volksabstimmung zu dem Thema beteiligt hatte, erzählte in einem Interview, dass das Außergewöhnliche an der damaligen Mobilisierung gewesen sei, dass sich Menschen angeschlossen hatten, die sich nie zuvor für »Frauen-Themen« engagiert hatten (Zitat nach Kozłowska/Podaenko/Sullivan 2008). Im Vergleich ist allerdings festzustellen, dass sich der Kontext durch die rechtsnationale politische Hegemonie im Jahr 2016 inzwischen drastisch geändert hatte.

Die Protestierenden positionierten sich in ihren Selbstbeschreibungen und öffentlichen Statements als »gewöhnliche Frauen« (vgl. Ramme/Snochowska-Gonzalez, 2019; Ramme/Chuprynska 2017). In dem Begriff »gewöhnliche Frau« offenbaren sich mehrere überlagernde Spannungsverhältnisse. Das politisch wohl bedeutendste hängt mit dem rechtspopulistischen Kontext zusammen, in dem die Regierungspartei PiS ihren Machtanspruch und autoritären Staatsumbau damit rechtfertigte, den Willen des polnischen Volkes zu repräsentieren. Rancière bezeichnet die Macht des *Demos* als die »Macht eines Jeden Beliebigen« (Rancière, Jacques 2009: 10). An dem historischen »Schwarzen Montag« versammelten sich im ganzen Land schwarz gekleidete »Beliebige«. Es war diese immer gleich wirkende vereinheitlichende schwarze Kleidung, die eine Uniformität und Gleichheit, unter der sich jeweils versammelnden Menschenmenge herstellte. Das einzige auffällige Unterscheidungsmerkmal waren die unzähligen bunten Schirme, die viele der Protestierenden aufgrund des Regens aufgespannt hatten. Alle bereits länger feministisch engagierten Akeur_innen und Bekannten, mit denen ich über ihre Teilnahme an dem »Schwarzen Montag«-Protest in Warschau sprach, erwähnten den Umstand, dass es anders als bei früheren Protesten unmöglich war,

37 Die Daten wurden aus der Studie über die Akteurinnen des OSK und des 8. März Bündnisses PK8M entnommen, die 2017 zusammen mit Claudia Snochowska-Gonzalez durchgeführt wurde. Zu der Studie und den weiteren Statistiken vgl. auch Jennifer Ramme und Claudia Snochowska-Gonzalez (2019).

38 Damals im Jahr 1992 sammelte das sogenannte Bujak-Komitee, initiiert von Barbara Labuda und Bujak, Unterschriften für eine Volksabstimmung.

bekannte Gesichter oder Freunde in der Masse der schwarz gekleideten Menschen auszumachen.

Die Versammlung am »Schwarzen Montag« vollzog einen Bruch mit der sinnlichen Aufteilung von Kompetenzzuweisungen zwischen der Bevölkerung und dem diese Repräsentierenden des Souverän. Gemäß dieser Aufteilung sollte es die Rolle des Volks sein, in festgelegten Abständen zu Wahlen zu gehen, um auf diese Weise über die Gruppe derjenigen zu bestimmen, welche Entscheidungen über das Gemeinsame treffen.³⁹ Die massenhafte Teilnahme an der Versammlung eines weiblichen *Demos* stellte diese Kompetenzaufteilung infrage. Butler argumentiert, dass die Versammlung bereits ein Inkrafttreten und eine Inszenierung von Volkssouveränität sei, ohne dass die Versammlung sich selbst mittels eines Sprechaktes als »Volk« benennen müsste (vgl. Butler 2017: 39). Insbesondere in den Großstädten, wo einzelne Menschen aufgrund der einheitlichen schwarzen Kleidung und ihrer überwältigenden Anzahl kaum identifizierbar waren, verkörperten die Versammelten »jede Beliebige« und somit ein Prinzip der Gleichheit der »Frauen« – inklusive der in der Versammlung zum Ausdruck kommenden Verweigerung und der Aufforderung, gehört und wahrgenommen zu werden.

Rancière folgend ist der *Demos* nicht einfach eine Masse, das Volk, welches sich gegen eine herrschende Elite auflehnt (vgl. Rancière 2004). Der *Demos* sei genau genommen keine Repräsentation eines Teils der Bevölkerung, sondern als ein Prozess der politischen Subjektivierung zu verstehen, der einen Widerstreit und Dissens einführt. Dabei gehe es nicht nur um Meinungsverschiedenheiten, Interessenkonflikte oder Werte, sondern auch um das Gemeinsame selbst (ebd.). Die Stimmen »gewöhnlicher Frauen«, die sich versammelten und auf selbstangefertigten Plakaten ihren Unmut zum Ausdruck brachten, wurden zum ersten Mal öffentlich *präsent* und als politische Positionierung wahrgenommen. Sie exemplifizieren einen »Anteil der Anteilslosen« im Sinne Rancières, der die unmündige Positionierung und Sprachlosigkeit nicht mehr hinnehmen wollte.

Auch in Bezug auf die durch NGO und Professionalisierung geprägte feministische Bewegung, die sich seit den 1980er Jahre konsolidierte, stellten die Proteste gegen die Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung inklusive des Frauenstreiks vom Oktober einen Bruch mit innerfeministischen Repräsentationsordnungen und Kompetenzaufteilungen dar. Diesmal war es nicht mehr der soziale Status oder eine besondere akademische Qualifikation, Sprachgewandtheit oder die professionelle Anbindung an eine NGO oder Partei, die den Stimmen im öffentlichen Raum und dem politischen Subjekt der »Frauen« Legitimität verliehen. Diesmal waren es das Zeugnis der Betroffenheit und das Prinzip der *Beliebigkeit* als Prinzip der Manifestation von *Gleichheit* – auch unter den in der gesellschaftlichen Ordnung als »Frauen«

39 Zu Rancières Ausführungen zu der Kompetenzaufteilung in elektoralen Demokratien vgl. insbesondere Jacques Rancière (2012).

Positionierten. Infolge des massenhaften *Dissenses* erfuhr im Sinne Rancières die zuvor überhörte sowie als Lärm und Emotionen gedeutete Sprache Betroffener erstmals Geltung als ernstzunehmendes Argument in einer landesweiten politischen Debatte.

Die Versammlungen beeindruckten auch die regierende Partei PiS, die zunehmend unter Druck geriet: einerseits wegen der Forderungen der Anti-Choice-Organisationen, des national-katholischen politischen Lagers und der katholischen Kirche und andererseits durch die gegen die Gesetzesinitiative »Stoppt die Abtreibung« protestierende Bevölkerung, der sich zum Teil auch gläubige Katholik_innen und sogar potenzielle PiS-Wähler_innen aus konservativen Regionen und Ortschaften anschlossen. Landesweiten repräsentativen Umfragen des Meinungsforschungsinstituts CBOS zufolge unterstützte im November 2016 die Mehrheit (58 %) der Gesamtbevölkerung die Proteste, wobei die Unterstützung unter jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren am höchsten ausfiel (vgl. Gwiazda/CBOS 2016). Außerdem war die aktive Beteiligung der Umfrage zufolge enorm, denn jede vierte (17 %) erwachsene Frau kleidete sich aus Solidarität in Schwarz (im Vergleich zu 6 % der Männer) und 4 % der Frauen gaben an, persönlich an einer Demonstration teilgenommen zu haben (gegenüber 2 % der Männer) (Gwiazda/CBOS 2016: 7). Die Befürworter_innen der Gesetzesänderung wurden nun ebenfalls aktiv und bemühten sich, ihre Anhängerschaft auf ähnliche Weise, jedoch mit konträrer Symbolik zu mobilisieren. Die Abtreibungsgegner_innen und die polnische katholische Kirche forderte die Gläubigen auf, sich in Weiß zu kleiden. Die katholische Kirche hielt zudem »Weiße Messen«.⁴⁰ Auch kam es vereinzelt zu »Weißen Märschen«, die jedoch hinsichtlich der Teilnehmer_innenzahlen eher bescheiden ausfielen.

Interessanterweise dauerte es eine Weile, bis die neu mobilisierten frauenpolitischen Akteur_innen ihre Haltung und Anliegen überhaupt mit dem Begriff »Feminismus« in Verbindung brachten.⁴¹ Klementyna Suchanow bspw. schrieb noch im Jahr 2020, sie habe bisher einfach nicht darüber nachgedacht, ob sie Feministin sei oder nicht (Suchanow 2020: 244). In populistischer rechter Rhetorik wurden Feminist_innen und frauenpolitisch motivierte Akteur_innen als Vertreter_innen einer durch das Ausland inspirierten urbanen Elite diffamiert, die einem lokal veranker-

40 Darunter unter anderem auch die Polnisch-Katholische Kirche in Berlin. Information auf Basis des Interviews mit Alicja (Dziewuchy –Dziewuchom Berlin, 2016) und eines Screenshots mit der Ankündigung der Messe, von der Seiten der Polnischen Mission in Berlin.

41 Diesen Wandel konnte ich u.a. bei der Beobachtung der Selbstbezeichnungen in den FB-Diskussionsgruppen, Interviews und Debatten nachverfolgen. Während einer Debatte in Krakau, in der Forschungsergebnisse mit lokalen Aktivist_innen besprochen worden, berichteten lokale Organisator_innen des Streiks, dass sie das Wort »Feminismus« Anfangs negativ konnotiert hatten. Sie waren sehr überrascht als bezeichnet zu werden und herauszufinden, dass die Themen, für die sie sich einsetzten, klassisch feministische Problemfelder sind.

ten »ursprünglichen« polnischen Volk totalitäre Ideologien aufzwingen wolle.⁴² Im Antlitz der breiten und sichtbaren Beteiligung an den diversen Protestformen erwies sich die rechte Erzählung, es handle sich bei Forderungen für Frauenrechte um eine Art Ideologie, die nichts mit authentischen lokalen Bedürfnissen und Haltungen zu tun hätte, als wenig glaubwürdig. Zuvor behauptete die regierende Partei PiS stets, die Mehrheit gegenüber einer expansiven Minderheiten-Elite zu repräsentieren. Durch die Verteilung der Proteste auf lokal verortete Ereignisse im ganzen Land und die heterogenen Stimmen »gewöhnlicher Frauen« erwies sich jedoch das Narrativ, die Partei PiS würde das Volk gegenüber einer Elite repräsentieren, als nicht mehr haltbar.

Die Quantität der Protestierenden, die relative Unbekanntheit der Organisator_innen und vor allem die landesweite räumliche Verteilung der lokalen Protestereignisse machten den Frauenstreik vom 3. Oktober 2016 als eine Manifestation des Demos glaubhaft. Anders wäre es gewesen, wenn die Massenkundgebungen nur in Großstädten oder nur in der Hauptstadt stattgefunden hätten. Dass nicht nur die Masse, sondern auch die lokale geografische Verteilung von Bedeutung war, konnte auch den Strategiegesprächen der OSK-Koordinator_innen, die 2017 diskutierten, entnommen werden, ob es in Polen sinnvoll sein könnte, analog zum »Women's March on Washington« in den USA einen »Marsch auf den Belvedere«, Sitz des polnischen Präsidenten, zu organisieren. Für den Erfolg des Streiks war laut Marta Lempart die »geografische Verstreuung« ausschlaggebend.⁴³

Nach dem Massenereignis und enormen Erfolg im Oktober 2016 geriet der Landesweite Frauenstreik (OSK) zunehmend unter Druck. Die Initiative sollte zeigen, dass mit dem Oktober-Protest das Potential noch nicht ausgeschöpft war und es sich nicht nur um eine einmalige Mobilisierung gehandelt hatte. Es stellte sich die Frage, ob der Landesweite Frauenstreik, der sich inzwischen als Netzwerk und informelle Bewegungsorganisation konsolidiert hatte, tatsächlich eine große und relativ Basis von Unterstützer_innen vertrat. Davon hing u.a. auch die Legitimität des von der Organisation erhobenen Anspruchs ab, »die polnischen Frauen« zu vertreten. Um die eigene Legitimität als »Stimme des weiblichen Volkes« zu bekräftigen, betrieb sich OSK auch auf statistische Daten, die im Rahmen repräsentativer Umfragen von Meinungsforschungsinstituten erhoben worden waren und den Zuspruch für die Aktivitäten für Frauenfragen in der Gesamtbevölkerung darlegten. Eine weitere Strategie der Legitimierung war die kartografische Verortung. Die lokale Verortung visualisierte sich mithilfe von bei Google Maps erstellten Karten. Die Erstellung

42 Zu diesen Dichotomien zwischen dem urbanen Zentrum und den Peripherien vgl. auch Jennifer Ramme und Claudia Snochowska-Gonzalez (2020).

43 Auf Basis von Notizen von einem landesweiten Treffen der Koordinator_innen der Streiks im März 2017 in Warschau.

von Karten ist ein politisches Aktionsmittel, das in Polen verschiedene Akteur_innen nutzen, um Missstände aufzuzeigen und politische Forderungen zu stellen. Es wurde bspw. bei Google Maps eine Karte mit dem Titel »Karte der kirchlichen Pädophilie« (»Mapa Kościelnej Pedofilii«)⁴⁴ erstellt, auf die landesweiten Fälle von sexueller Gewalt durch katholische Geistliche gekennzeichnet sind (vgl. auch Onet News/Diduszko-Zyglewska 2020).

Mit dem Protest-Mapping vereinigt das OSK zwei kartografische Praktiken: das partizipative und das widerständige Kartografieren (Counter-Mapping). Counter-Mapping bezeichnet die kartografische Infragestellung eines Status quo bezüglich normativer Vorstellungen von Ort und Raum. Diese Vorgehensweise beinhaltet zu meist eine kritische Analyse der Art und Weise, wie Menschen und Orte, die sie bewohnen, dargestellt werden (vgl. Feigenbaum/Spocht 2018). Das Mapping kann u. a., so stellte es David Chandler dar, als ein »Modus des Regierens« verstanden werden, durch das sich ein »spezifisches oder einzigartiges Set von kontingenten Beziehungen« konkretisiert (Chandler 2018). Diese Beziehungen werden kartiert und als Raum abgebildet. Die Aktivist_innen markieren lokale Ereignisse auf einer kartografischen Darstellung Polens und stellen über die Markierung mit ähnlichen Symbolen und Bezeichnungen Zusammenhänge zwischen Phänomen her. In Bezug auf Martina Löws Raumtheorie kann davon gesprochen werden, dass durch die Platzierung der Protestereignisse an konkreten Orten und deren Synthese ein gemeinsamer, zusammenhängender Raum konstituiert wurde.

Sowohl die räumliche Verbreitung als auch die Verortung der Proteste dienten den landesweiten Koordinatorinnen des Polenweiten Frauenstreiks als Legitimation ihrer Repräsentationsansprüche. Kartografische Praktiken konstruieren auch Beziehungen zu einem Umfeld bzw. zu einem Territorium.⁴⁵ Die Kartierungen von Protesten des Frauenstreiks stellen in dem Sinne auch eine Art Marker dar, welche die Hegemoniebehauptung und die territorialen Repräsentations- und Herrschaftsansprüche des sich an der Macht befindlichen politischen Lagers hinterfragen. Es geht bei den widerständigen kartografischen Praktiken sowohl um das *Territorium* als Land als auch um die Darstellung des emergenten »Volkes«. An diesen Praktiken der Verortung und Synthese verdeutlicht sich, wie die Konstitution von Raum und Zugehörigkeit im Zusammenhang mit Repräsentation stehen.

Die Karten dienen allerdings nicht nur der symbolischen Darstellung von Territorien im Kampf um Legitimität und Repräsentativität. In Bezug auf die Raumtheorie von Michel de Certeau stellt Ewa Bal fest, dass konkurrierende kartografische

44 Die von Dżiduszko-Zyglewska aktualisierte Kartografie »Mapa kościelnej Pedofilii« ist im Internet einsehbar.

45 Ewa Bal schreibt, wie in der humanistischen Denktradition und kulturwissenschaftlichen Perspektive dieses Begriffspaar eine Dichotomie zwischen Kultur und Realität impliziert (vgl. Bal 2017: 279).

Praktiken dazu dienen können, Raum- und Zeiterfahrungen zu transformieren (Bal 2017: 282). Dies geschieht laut Bal, indem entweder alternative Orte des Erinnerns gegenüber institutionalisierter Geschichte festgehalten oder politische, ethnische und andere Aufteilungen aufgehoben werden, sodass es zu einer Neuzeichnung der Grenzen der das Territorium bewohnenden Gemeinschaft kommt (ebd.). So veränderte sich mit den Frauenstreiks einerseits die Vorstellung über den das Land besiedelnden Sozialkörper und andererseits wurde durch die Verortung von Protesten in Kleinstädten und Dörfern die Aufteilung in liberale Großstädte und konservative Landbevölkerung infrage gestellt.

Im Fall der Google-Maps-Kartografie des Polenweiten Frauenstreiks verdichteten sich mit der Zeit die Ereignisse auf Google Maps, da stets mehr Events hinzukamen. Diese beschränkten sich nicht nur auf die politisch-geografischen Grenzen des polnischen Staates. Bei einer Verschiebung oder Verkleinerung des Maßstabes wurden solidarische Proteste an verschiedenen Orten der Welt und auf allen Kontinenten sichtbar.

Obwohl der Streik zum 3. Oktober 2016 »polenweit« ausgerufen wurde, entwickelte er sich zu einem internationalen Ereignis und in vielen Großstädten wie Berlin, London und New York kam es zu Solidaritätsdemonstrationen, die zumeist von einer aus Polen ins Ausland migrierten, Gemeinschaft organisiert wurden.⁴⁶ Obwohl die Proteste nicht nur auf polnischem Staatsgebiet stattfanden, wurden sie explizit als polnisch gerahmt. Auffallend war, dass sowohl Protestteilnehmer_innen als auch die Proteste organisierende Gruppen der Mädel und des Frauenstreiks sich immer wieder nicht nur als »gewöhnliche«, sondern auch als »polnische Frauen« bezeichneten. Zwar waren seit dem Beitritt zur Europäischen Union eine zunehmende Nationalisierung des feministischen Diskurses und seiner Zugehörigkeitskategorien zu beobachten, jedoch kam es im Rahmen der frauenpolitischen Bewegung im Jahr 2016 zu einer explizit nationalen Markierung der eigenen und kollektiven Zugehörigkeit. Die Bewegung kann aus diesem Grund als Ausdruck eines populären feministischen Patriotismus interpretiert werden (vgl. Ramme 2019).

Anders als im Fall vieler rechter und national-katholischer Diskurse beruhte der populäre feministische Patriotismus und die Betonung nationaler Zugehörigkeit jedoch nicht auf einer Abgrenzung von Europa oder einer Ablehnung der Europäischen Union. Vielmehr beruhten die Praktiken, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, auf der Behauptung einer doppelten, also europäischen und nationalen polnischen Zugehörigkeit (vgl. Ramme 2019). Durch das Postulat der Zugehörigkeit zu Europa verringern sie ihre nationale Dependenz. Multiple Zugehörigkeiten wiederum sind eine der Voraussetzungen für die Praxis einer relationalen Autonomie. Die

46 So war es zum Beispiel im Fall des Berliner Protests, welches das größte Ereignis im Rahmen des Polenweiten Frauenstreiks vom 3. Oktober 2016 war, welches im Ausland organisiert wurde.

Parallelität von Zugehörigkeiten erweitert den Handlungsradius und -Spielraum der Akteur_innen. Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union gibt gebärfähigen Körpern die Chance, sich staatlicher Kontrolle zu entziehen. »Europa« funktioniert als ein abstrakter Begriff, der Spielraum für Interpretationen lässt. Auch die neu mobilisierten Akteurinnen wenden wie geschlechterdemokratische Akteurinnen auf der Weltfrauenkonferenz in China 1995 (vgl. Kapitel 4) eine sinnlich-räumliche Politik der Scales an – ohne jedoch auf den Verweis einer konkreten lokalen Verortung zu verzichten.

Obwohl der Polenweite Frauenstreik und seine prominentesten Vertreterinnen sich über nationale (»Polinnen«) und europäische Kategorien der Zugehörigkeit definierten, gab die sich im Herbst 2016 formierende Bewegung Anstoß zu einem der bisher größten weltweiten feministischen Protestereignisse. Der Internationale Frauenstreik (*Międzynarodowy Strajk Kobiet* bzw. *International Women's Strike*) war ein Ereignis, welches durch das Zusammentreffen zweier Bewegungen zustande kam: des Polenweiten Frauenstreiks und der Bewegung der *Ni Una Meno* in Lateinamerika. Die Journalistin Klementyna Suchanow, einer der Initiatorinnen des Internationalen Frauenstreiks schrieb im Vorfeld des globalen Ereignisses:

Diese Frauenrevolution – der erste Weltstreik in der Geschichte der Menschheit – hat das Gesicht einer polnischen Frau; von ihr ging die Inspiration für den 3. Oktober aus, und dann die Initiative zur Gründung einer Fraueninternationale. Und jemand sagte, dass wir am 3. Oktober nur spielen würden (Suchanow 2017 – Übers. J.R.).

Unzählige Menschen folgten schließlich dem Aufruf zu einem internationalen Frauenstreik. Mit Kundgebungen in 55 Ländern und auf fünf Kontinenten stellte der Streik am Frauentag im März 2017 eine der größten grenzüberschreitenden frauenpolitischen Protestveranstaltungen der Geschichte dar. Die Mobilisierung der neuen feministischen Bewegung in Polen fällt mit der Ausbreitung und Konsolidierung einer globalen und Kontinente übergreifenden feministischen Bewegung zusammen. Mit *global* ist in dieser Arbeit ein Verlauf von Situationen und Praktiken von Erdbewohner_innen gemeint, deren Aktionsradius sich nicht auf eine [national]staatliche Rahmung beschränkt, sondern mehrere Kontinente umfasst. Der Begriff des »Globalen« deutet zudem darauf hin, dass ähnliche Symboliken, Praktiken und Prozesse an verschiedenen Orten der Welt zu beobachten sind und ein Transfer über die Kontinente hinweg stattfindet. In der Praxis *globaler Bewegung* verdichten sich Begegnungen, Vernetzungen, Relationierungen, Praktiken und es erfolgt pluraler Transfer und/oder Mobilität auf der gesamten Welt.

Während öffentlicher Statements auf Protestversammlungen oder in Interviews können immer wieder gegenseitige Bezugnahmen beobachtet werden, wodurch die Aktivist_innen ihre Solidarität mit Kämpfen an anderen Orten und ihre Verbun-

denheit mit einer Länder und Kontinente übergreifenden Bewegung bekräftigen. So betonte beispielsweise eine der einflussreichsten Repräsentantinnen der *Ni Una Menos*-Bewegung in Argentinien, Marta Dillón, während ihrer Rede auf der Generalversammlung der italienischen *Non Una di Meno* in Verona im März 2010 den Einfluss des Polenweiten Frauenstreiks auf die Entstehung der globalen feministischen Bewegung.⁴⁷ Und auch auf dem Women's March on Washington fand der Frauenstreik in Polen Erwähnung und inspirierte die Mobilisierung in den USA.

Herausforderungen der On- und Offline-Organisation sowie Ausdifferenzierung des kollektiven Subjekts der Bewegung

Forscher_innen aus den Technikwissenschaften vertreten die These, dass es in der heutigen Ära der sozialen Bewegungen nicht mehr möglich sei, »über das eine, ohne das andere zu sprechen«, da »digitale Technologien und Aktivismus sich co-konstituieren« (Ilten/McInerney 2019). Digitale Technologien bieten nicht nur Individuen eine erweiterte Handlungsfähigkeit; sie entwickeln sich darüber hinaus immer mehr zu einer wichtigen politischen Ressource (Mabi/Gruson-Daniel 2018). Gleichzeitig ist die Nutzung der digitalen Technologien an spezifisches Wissen und Ressourcen gebunden, was zu Diskrepanzen in der Verfügbarkeit dieser bedeutenden politischen Ressource führt. Zu Beginn der Mobilisierung hatten die sozialen Medien vor allem eine ermächtigende Wirkung. Die Organisation und Vernetzung, welche die Vernetzung lokaler Gruppen und die Durchführung von Kundgebungen gegen das drohende Abtreibungsverbot zum Ziel hatten, verliefen spontan. Sie fanden in großer Offenheit statt und es nahmen zum größten Teil Personen teil, die sich zuvor nicht kannten (alle waren zum Mitmachen willkommen geheißen). Die wichtigsten Räume, in denen zu Beginn interaktive emphatische Gemeinschaften wuchsen und in denen sich der Widerstand entwickelte, waren in erster Linie die vielen Facebook-Gruppen. Der Blick auf die Nutzer_innen-Kommentare und die offene, eher vertrauensvolle »Stimmung«, welche anfänglich an den Kommentaren und Interaktionen abzulesen war, lässt vermuten, dass viele der erstmals feministisch politisierten Akteur_innen die Gruppen als emphatische solidarische Gemeinschaft wahrnahmen.⁴⁸ Die Gruppen schienen einen sicheren Raum darzustellen, in dem es möglich war, über sehr persönliche und auch intime Erfahrungen zu sprechen,

47 Information auf Basis teilnehmender Beobachtung in Verona, Italien auf der internationalen Versammlung der trans*feministischen Bewegung der *Ni Una di Meno/Ni Una Menos*. Datum 31.03.2019. Siehe auch den Bezug in Verónica Gago und Katja Rameil (2021: 29).

48 Diese Stimmung hat sich nach 2016 mit der Zeit aufgrund des Trollings und der vielen internen Streits in den Gruppen substanziell geändert. Die Enttäuschung über diesen Wandel drückten (bzw. drücken immer noch) viele Nutzer_innen in Kommentaren aus, in denen sie eine (anfängliche, frühere) solidarische Gemeinschaft vermissen.

wie es beispielsweise das Erlebnis von Gewalt und die Erniedrigung bei einer Geburt sind. Im späteren Verlauf der Mobilisierung sollten Offenheit und Nutzung digitaler Infrastrukturen nicht nur positive Effekte, sondern auch Probleme zur Folge haben.

Die Begründerinnen der Facebook-Gruppen *Mädels für Mädels* und des Polenweiten Frauenstreiks berichteten sowohl in den Interviews als auch in ihren Facebook-Beiträgen über die Herausforderungen, die im Verlauf der Proteste und Mobilisierung mit der Verwaltung von sozialen Medien einhergingen. Beide Initiativen, *Mädels für Mädels* und der Polenweite Frauenstreik, waren sehr schnell mit massiven Versuchen der Zersetzung und Kooptation konfrontiert. Bei dem Facebook-Auftritt für den am 3. November 2016 geplanten Frauenstreik meldeten sich teilweise unbekannte Personen, die den Wunsch äußerten, die Seite zu verwalten. Ähnlich war es im Fall der exorbitant wachsenden Gruppe *Mädels für Mädels*, die sich bereits einige Monate zuvor im April 2016 gegründet hatte. Anders als der Polenweite Frauenstreik konnten die Initiator_innen der *Mädels für Mädels* nicht auf bestehende Netzwerke, Erfahrungen und Ressourcen zurückgreifen, weshalb sie teilweise die Kontrolle über die Administration ihrer Internetseiten verloren.⁴⁹

Den Facebook-Gruppen traten vermehrt Gegner_innen bei und auch befanden sich unter den vielen tausenden einfachen Mitgliedern der Gruppen immer wieder falsche Profile. Diese Profile und Mitgliedschaften in Gruppen wurden nun genutzt, um die Initiativen durch destruktive Kommentare zu sprengen und spammen. Die Koordinator_innen des Frauenstreiks ergriffen schnell Maßnahmen, sodass sie die Kommentare in den Gruppen sehr stringent kontrollieren konnten. Auf diese Weise schafften sie es, das Trolling einzudämmen. Und auch die Aktivistinnen der Berliner *Mädels für Mädels* entschlossen sich etwa 3 bis 4 Tage nach ihrer Gründung, ein Regelwerk für die Nutzung ihrer Internetgruppe aufzustellen. Neben den öffentlichen Facebook-Gruppen rief sowohl der Polenweite Frauenstreik als auch die Gruppe *Mädels für Mädels* nicht öffentliche Gruppen ins Leben, in denen wichtige Themen besprochen werden sollten und an denen nur Nutzerinnen teilnehmen konnten, die bekannt waren und denen vertraut werden konnte. So gab es ab Ende September 2016 neben einer öffentlichen und allgemeinen Facebook-Gruppe des Polenweiten

49 Gleichzeitig kannten sich noch nicht einmal alle Administrator_innen untereinander. In einem Interview erfuhr ich, dass sich unter den Nutzer_innen mit Administrator_innenrechten auch falsche Profile befanden, von denen einige heute nicht mehr existieren. Eine der Initiatorinnen der Facebook-Gruppe *Dziewuchy-Dziewuchy*, erzählte der Verfasserin in einem Interview, dass es den Verdacht gab, dass es sich bei einigen der Profile mit Administrationsrechten um keine echten Profile handelte, da keine Kontaktaufnahme mit den Nutzer_innen möglich war (Interview v. Oktober 2016).

Frauenstreiks eine zusätzliche nicht öffentlich sichtbare Gruppe mit beschränktem Zugang für die 400 lokale Streik-Koordinatorinnen.⁵⁰

Nachdem die unmittelbare Bedrohung der realen Verschärfung des Gesetzes zum Schwangerschaftsabbruch vorüber war, das gemeinsame Handeln und eine Positionierung mit sich gebracht hatte, zeigten sich zunehmende Differenzen innerhalb der neuen sehr heterogenen frauenpolitischen Bewegung. Versuche, die Erfolge der neu entstandenen Bewegung zu beanspruchen und sich darüber politisch zu profilieren, führten zu sehr viel Unmut. Das Verhältnis zu politischen Parteien, aber auch zu einigen etablierten NGO wurde immer distanzierter.

So wurde beklagt von mir interviewte Akteurinnen, die Einrichtung einer Unterstützer_innenseite des Polenweiten Frauenstreiks auf Facebook eingerichtet durch die Partei *Razem* sowie dass zwei Vertreter_innen der Partei in New York einen Preis für die Organisation des Streiks entgegengenommen hatten (vgl. Europejski Komitet Ekonomiczno-Społeczny 2019). Besonders drastisch verlief die Entwicklung bei der landesweiten Gruppe der *Mądels für Mądels*. Bereits ein Jahr nach der Gründung, also im Frühling 2017, sagte man mir, die Gruppen der *Mądels für Mądels* seien mittlerweile vielerorts von Mitgliedern der Partei *Razem* vereinnahmt worden. Dies führte zu einem internen Konflikt darüber, wem die Hauptgruppe auf Facebook und der Namen gehörte.

Im Jahr 2019 ließen zwei Mit-Gründer_innen der Facebook-Gruppe im Jahr 2019 den Namen *Dziewuchy-Dziewuchom* als Markenzeichen registrieren (Korolczuk/Kowalska/Ramme/Nawojski/Snochowska-Gonzalez 2019b). Unter Androhung rechtlicher Konsequenzen wurden schließlich viele lokale Gruppen der *Mądels für Mądels* dazu gezwungen, ihren Namen zu ändern.⁵¹

Infolge der internen Auseinandersetzungen verlor die ursprüngliche Facebook-Gruppe *Mądels für Mądels (Dziewuchy Dziewuchom)* immer mehr an Bedeutung, was sich auch an den schrumpfenden Zahlen der Nutzer_innen auf FB bemerkbar machte, die 2020 nur noch ein Zehntel der ursprünglichen 200.000 Nutzer_innen betrug. Es zeigte sich, dass digitale Plattformen, wie z.B. die Facebook-Gruppen von *Mądels für Mądels*, schnell an Bedeutung gewinnen, jedoch auch genauso schnell wieder verlieren können. Internet-Nutzer_innen sind dementsprechend flexibel, denn sie können sich nicht nur schnell mobilisieren, sondern auch sehr schnell neu konfigurieren. Ebenfalls in den analog organisierten Lokal-Initiativen traten zum Teil unterschiedliche Bedürfnisse der Aktivist_innen in den Vordergrund, Gruppen zerstritten sich, fielen auseinander und/oder organisierten sich in neue, konkurrierende Zusammenhänge. Facebook-Einträge aus einem Tagebuch einer Aktivistin der

50 Bis zumindest März 2017 war für die Kontakte mit lokalen Koordinatorinnen Paulina Maciejewska zuständig. Vgl. Marta Lempart, Interview v. März 2017 in Wrocław.

51 Meist behielten diese einen Teil des Namens, wie Im Fall der *Dziewuchy Berlin*, *Dziewuchy Węgorzewo*, *Dziewuchy Łódź*.

Berliner Gruppe der Mädels, die u.a. Zeichnungen mit zwei gegeneinanderstoßenden und daran zerbrechenden feministischen Frauenzeichen zeigen (Abbildung 7), verdeutlichen die Schmerzhaftigkeit solcher Erfahrungen.

Abbildung 7: Screenshot eines FB-Posts und Zeichnung der Aktivistin der Gruppe Mädels für Mädels vom Mai 2021.



Autorin: Anna Krenz. Quelle: Facebook.

Auch das Netzwerk des Polenweiten Frauenstreiks unterlag Veränderungen. Beispielsweise teilten sich die Koordinator_innen des Polenweiten Frauenstreiks nach den Regionalwahlen im Jahr 2019, bei denen einige für politische Ämter kandidierten, wegen innerer Streitigkeiten in zwei Gruppen. Der Polenweite Frauenstreik, der sich anfangs durch seinen informellen Charakter auszeichnete, entschied sich dazu, sich als Stiftung offiziell zu formalisieren, und bezog ein eigenes Büro in Warschau. Marta Lempart und Klementyna Suchanow, die anfangs noch vor allem mit der Organisation des Internationalen Frauenstreiks in Verbindung gebracht worden waren, etablierten sich nach 2016 als neue Repräsentantinnen der feministischen Protestbewegung in Polen. Damit nahm die Pluralität der Stimmen und die mediale Präsenz der »gewöhnlichen Frauen« in den landesweiten Medien

mit der Zeit wieder ein wenig ab.⁵² Dies führte dazu, dass Teilnehmende der Frauenstreikgruppen, die nun auf Landesebene überwiegend durch Marta Lempart und Klementyna Suchanow medial vertreten wurden, die Gruppe verließen, wenn sie andere Positionen vertraten, die in diesem Zusammenhang keinen Ausdruck mehr finden konnten.

Auf der anderen Seite bewährte sich der Polenweite Frauenstreik in den vier Jahren als Bürgerrechtsorganisation. Er entwickelte sich zu der wichtigsten nicht parteigebundenen und transversalen oppositionellen Organisation, die sich durch solidarische Unterstützung zahlreicher Kämpfe engagierte, wie z.B. Naturschutz, Rechtsstaatlichkeit, Rechte für Menschen mit Behinderung und LGBTQ*-Community und insbesondere Antifaschismus.

Nach Beendigung des Frauenstreiks vom Oktober 2016 dauerten die Proteste also in diversen anderen Formen an. Allerdings trat nach dem enormen Enthusiasmus von Oktober 2016 und März 2017, der aus der Erfahrung von Solidarität, Handlungsmacht, Effektivität und enorme positive Resonanz hervorging, bei vielen Aktivistinnen zunehmend eine Phase der Ermüdung und Enttäuschung ein, die sich sowohl in verschiedenen Beiträgen in Facebook-Gruppen als auch in Interviews bemerkbar machte. Als eine der bittersten Erfahrungen erwies sich für viele die Desintegration des als einheitlich und solidarisch geglaubten Kollektivs »Frauen«.

Diese Stimmung, die besonders stark zwischen 2018 und 2019 zu bemerken war, verstärkten nicht zuletzt diverse Probleme, mit denen viele der Aktivist_innen konfrontiert waren. Dazu gehörten beispielsweise Entlassungen mit der Begründung der Beteiligung am Streik. Auch veränderte sich bei den frauenpolitischen Akteur_innen, die ihren Kampf auf der Straße weiterführten, das Verhältnis zur Polizei und dem Staat insgesamt, da sie mit zunehmenden Repressionen und Polizeigewalt konfrontiert waren.

Umkämpfte Souveränitäten und die Massenmobilisierung nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs im Oktober 2020

Trotz des erfolgreichen Protests im Jahr 2016 war die Gefahr der weiteren Einschränkung des Rechts auf reproduktive Selbstbestimmung noch nicht gebannt und es kam zu mehreren Versuchen, die Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen sowohl zu liberalisieren als auch zu verschärfen. Nach geltendem Recht aus dem Jahr 1993 war zu diesem Zeitpunkt eine Terminierung einer Schwangerschaft in drei Fällen möglich, und zwar wenn das Leben oder die Gesundheit der schwangeren Person bedroht ist, wenn die Schwangerschaft nachweislich durch eine Gewalttat zustande

52 In einem späteren Interview von 2021 beklagte sich Lempart über die negativen Konsequenzen ihrer Sichtbarkeit (vgl. Dudek/Wysokie Obcasy 2021).

kam, bei schwerer und irreversibler Fehlbildung des Fötus oder dessen unheilbarer und potenziell tödlicher Krankheit. Über 90 % der ca. 1100 jährlichen legalen Abbrüche wurde mit dem letzten Punkt begründet (vgl. PAP 2020a).

Im Jahr 2017 legten zwei PiS-Abgeordnete erstmals eine Beschwerde gegen das gültige Gesetz beim Verfassungsgerichtshof ein. Die Beschwerde zweifelte eben diese letzte Klausel, also das Recht auf eine Terminierung der Schwangerschaft im Fall einer »fetalen Anomalie«, an (vgl. Wojtczuk/Wyborcza Warszawa 2020). Nach zwei Jahren stellte der Verfassungsgerichtshof das Verfahren ein, ohne es jedoch einer Prüfung zu unterziehen.⁵³ Im Herbst 2019 entschieden sich 119 Abgeordnete der Parteien PiS, PSL-Kukiz-15 und der rechtsextremen Konföderation, erneut eine Beschwerde gegen das Gesetz einzureichen (vgl. Klauziński/Oko.press 2020). Im Antrag hieß es, die Klausel würde »eugenische Praktiken in Bezug auf ein noch nicht geborenes Kind legalisieren und ihm damit den Schutz der Menschenwürde verweigern« (Trybunał Konstytucyjny 2020). Die Initiative führte zu einer erneuten Protestwelle von Gegner_innen und gleichzeitig zu einer Mobilisierung seitens der Befürworter_innen.⁵⁴ In einer Kampagne gegen eine »eugenische Abtreibung« verglichen Befürworter_innen der Verfassungsbeschwerde Schwangerschaftsabbrüche mit NS-Verbrechen an Menschen mit Behinderungen.⁵⁵

Anders als im Jahr 2016 wurde diesmal also kein Gesetzentwurf zur parlamentarischen Abstimmung eingereicht, sondern der Weg über das überwiegend von Regierungstreuen Richtern besetzte Gericht gewählt. In einem Verfassungsbeschwerdeverfahren prüfte das Gericht die Verfassungskonformität des Gesetzes und befand am 22. Oktober 2020, dass die Beschwerde zulässig sei.⁵⁶ Hinzu kam, dass die COVID-19-Pandemie Polen bereits im März 2020 erreicht hatte und die Infektionszahlen im Herbst 2020 rasant anstiegen. Der Zeitpunkt erschien dem Gesetzgeber also günstig, um eine Änderung mit wenig Gegenwehr durchzusetzen. Dies sollte

53 Vermutlich war dies auch auf die bevorstehenden regional-, Parlaments-, Präsidentschafts- und Europawahlen zurückzuführen, die durch eine positive Gerichtsentscheidung und darauf folgende Proteste hätten beeinflusst werden können (vgl. Klauziński/Oko.press 2020).

54 Beispielsweise fanden in Poznań sowohl schwarze Proteste und weiße Märsche statt (vgl. Woźniak/Głos Wielkopolski 2018).

55 Die erste Beschwerde wurde von Bartłomiej Wróblewski (PiS) i Piotr Uściński (PiS) 2019 gestellt und 2020 wieder eingereicht. Zur Verfassungsbeschwerde vgl. Klauziński/Oko.press (2020).

56 Zwei Richter verkündeten jedoch ein abweichendes Urteil. Darunter der als eher konservativ geltende Richter Leon Kieres, der noch nicht von der PiS gewählt wurde und in einem rechtskonformen Verfahren zu seinem Amt gekommen war. Im Juli 2021 endete die Amtszeit von Leon Kieres – des letzten unabhängigen Richters im Verfassungsgerichtshof (Woźnicki/Gazeta Wyborcza 2021). Auch der Richter Piotr Pszczółkowski verkündete ein abweichendes Urteil (vgl. TVN24 2020).

sich jedoch nicht bewahrheiten. Schon am Abend nach der Verabschiedung des Gesetzes kam es zu spontanen Protestkundgebungen.

Mit Verweis auf die Pandemie teilte eine Verordnung des Ministerrats am 23. Oktober 2020, also einen Tag nach der Verkündung des Urteils mit, dass Versammlungen und spontane Kundgebungen unabhängig davon, ob sie draußen oder in geschlossenen Räumen stattfinden, auf bis zu maximal 5 Personen beschränkt werden. Gleichzeitig sollte ein Abstand zwischen den Teilnehmenden je nach lokalem Infektionsgeschehen auf 4 bis 7 Meter eingehalten werden (vgl. Rada Ministrów 2020). Private Feiern blieben jedoch mit bis zu 20 Personen in geschlossenen Räumen zulässig (ebd.). Gegen die Verordnung der Regierung ging der Bürgerbeauftragte Adam Bodnar vor. Er stellte fest, dass seit dem Ausbruch der Proteste das verfassungsmäßige Recht auf Versammlungsfreiheit regelmäßig gebrochen wurde (Rzecznik Praw Obywatelskich 2021a).

Am selben Abend versammelte sich eine große Menge von Demonstrant_innen vor dem Haus des Vizepremiers Jarosław Kaczyński in Warschau. Die Polizei versuchte, die Versammlungen zu verhindern und die Ansagen der Demonstrierenden mit ihren Lautsprechern zu übertönen. Dies veranlasste die Demonstrierenden zu einem der ersten spontanen »Spaziergänge«. In einem Medieninterview beschreibt dies Marta Lempart wie folgt:

Wir haben ihnen ein Ultimatum gestellt: Entweder sie lassen uns weiterreden oder wir ziehen weiter. Sie hatten die Wahl. Sie haben uns abblitzen lassen und die Ertrinkenden nicht abgewiesen. Dann haben wir bis zehn gezählt und sind losgelaufen. Und sie konnten uns nichts antun (Onet Kobieta 2020 – Übers. J.R.).

Der »Spaziergang« war neben vielen anderen kreativen Protestformen eine Methode, um das von der Regierung verhängte Versammlungsverbot zu umgehen. Weitere Protestformen waren das »Schlangestehen«, bei dem Menschengruppen mit Einhaltung von Mindestabständen gebildet wurden und das Im-Kreis-Fahren mit Autos oder Fahrrädern auf Hauptverkehrsknoten.

Trotz des Verbots rief Marta Lempart am 25. Oktober erneut zu einem Streik auf, an dem sich diesmal nicht nur »Frauen«, sondern alle »polnischen Frauen und Männer« beteiligen sollten, die mit der Politik der Regierung unzufrieden waren:

Am Samstag war der Jahrestag des Frauenstreiks in Island – am 24. Oktober 1975 legten die Frauen ihre Arbeit nieder, um den Männern den Wert ihrer Arbeit zu zeigen. Die Machthaber waren sich wahrscheinlich sicher, dass wir vor der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs ein wenig protestieren, uns dann aber selbst pazifizieren und zu Hause bleiben würden. Vorerst rufen wir die polnischen Frauen und Männer auf, am 28. Oktober in den Streik zu treten. Ich rufe auf: Wir gehen am Mittwoch nicht zur Arbeit! Ich weiß bereits, dass viele Frauen

sich an diesem Tag freinehmen. Und heute habe ich ein Wort zum Sonntag für Frauen (ebd.).

Mit dem »Wort zum Sonntag für Frauen« war ein Aufruf zu Protesten gegen die polnische katholische Kirche gemeint. Der Vorsitzende des Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, hatte das Urteil gleich am Tag seiner Verkündung offiziell begrüßt und der Erzbischof von Krakau dankte sogar der »sozialen Bewegung«, die dies bewirkt habe (vgl. TVN24 2020). Die Aussage des Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, in der er erklärte, er habe »mit großer Genugtuung die heutige Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zur Kenntnis genommen, mit der die eugenische Abtreibung für verfassungswidrig erklärt wurde« (Gądecki 2020 – Übers. J.R.), entfachte eine Welle von Wut, die sich diesmal direkt gegen die polnische katholische Kirche richtete.⁵⁷ Für Sonntag, den 25. Oktober 2020, rief der Polenweite Frauenstreik zusammen mit acht anderen Organisationen zu einem antikirchlichen Protest auf. Unter dem Hashtag #EinWortFürDenSonntag (#SłowoNaNiedzielę) verbreiteten sie u.a. über Facebook die Aufforderung, Messen zu besuchen und dort Flyer zu verteilen:

Haben Sie Herrn Gądecki, den Bischof, gelesen? Wie glücklich er darüber ist, dass die Abtreibung in Polen verboten wird? Wissen Sie, wie glücklich die kirchlichen Sadisten sind? Wissen Sie, wie die Kathophanatiker morgen ihren Sieg über die Frauen feiern werden? Die Tatsache, dass die Folter legalisiert wurde? Wir wollen ihnen die Laune verderben! Weil sie sich verfrüht freuen! (Ogólnopolski Strajk Kobiet 2020a)

Infolgedessen kam es am Sonntag, dem 25. Oktober, an vielen Orten in Polen zu Protestaktionen vor und sogar in Kirchen. Einige Sonntagsmessen wurden durch performance-ähnliche Interventionen unterbrochen. In Warschau kam es vor der Kirche des Heiligen Kreuzes (*Św. Krzyża*) zu Auseinandersetzungen des queeren Kollektivs Stoppt den Unsinn (*Stop Bzdurom*) mit rechtsextremen Aktivisten der Nationalen Bewegung (*Ruch Narodowy*) (vgl. die FB-Live Aufnahmen: Ogólnopolski Strajk Kobiet 2020b).

Bei der Wahl des Leitmotivs für die Proteste entschied sich der Polenweite Frauenstreik (OSK) für die Losung »Krieg« (»Wojna«). Einige Monate zuvor hatte Klementyna Suchanow ein Buch unter demselben Titel veröffentlicht. Sie thematisierte darin geopolitische und internationale Dimensionen eines »Krieges« gegen geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung und Gleichheit in Polen und stellte

57 Stanisław Gądecki war schon zuvor durch die Vertuschung von Missbrauchsfällen und als Verfechter der Kampagne gegen eine vermeintliche »Gender-Ideologie« bekannt.

diesen als Teil einer internationalen Offensive rechter und christlich-fundamentalistischer Organisationen und Netzwerke dar.⁵⁸

Inhaltliche Forderungen rückten in dieser Protestkampagne in den Hintergrund und es war vor allem ein Wort, welches die Haltung der Protestierenden ausdrücken sollte: Verpisst euch! (»wypierdalać!«).⁵⁹ Diese Wortwahl schien die Stimmung von Teilen der Bevölkerung auf den Punkt zu treffen, da für viele die Zeit von Diplomatie und Dialog vorbei und mittlerweile ein Endpunkt erreicht war, bei dem der Rücktritt der Regierung die einzig mögliche Lösung zu sein schien. Der für einige schockierende offensive und vulgäre Tenor wurde Gegenstand medialer Diskussion.⁶⁰ In einem Interview für das Online-Medienportal Onet.pl, in dem der Polenweite Frauenstreik zu einer Blockade öffentlicher Straßen und Plätze aufrief, erklärte Marta Lempart die Hintergründe für diese veränderte Sprache und Haltung:

Wir haben die Ausdrucksmittel so gewählt, dass sie dem Verhalten der Behörden entsprechen. Wie die PiS ist, so sind auch die Ausdrucksmittel. Die PiS und alle,

-
- 58 Klementyna Suchanow und auch dem Polenweite Frauenstreik (OSK) zufolge sind die Entwicklungen in Polen kein innenpolitisches Problem. Sie nehmen Polen als »Experimentierfeld« global agierender christlicher Fundamentalisten wahr. Zudem sehen der OSK und Suchanow Polen unter Einfluss Russlands, dass darauf abziele, die polnische Demokratie durch die Stärkung rechter- und fundamentalistischer Gruppierungen zu schwächen. Zu der Interpretation der politischen Lage in Polen siehe diverse Interviews und Pressekonferenzen des OSK und von Klementyna Suchanow, sowie das Buch »Das ist Krieg« (Suchanow 2020).
- 59 Die Entsprechung dieses Ausdrucks im Deutschen könnte »Verpisst euch!« und im Englischen als »Fuck off« sein. Im Polnischen ist es jedoch eine stärkere Beschimpfung als im Deutschen. Im Oktober wurden auch Forderungen aufgestellt. Diese lauten wie folgt: »Weg mit Przyłębska's Urteil. Weg mit Przyłębska. Wir wollen einen echten Verfassungsgerichtshof. Wir wollen ein rechtmäßiges Oberstes Gericht, in seiner Gesamtheit. Wir wollen einen echten Ombudsmann. Wir wollen einen Änderungsantrag zum Haushalt – Geld für die öffentliche Gesundheitsversorgung, Unterstützung für Arbeitnehmer, Unternehmen und Kultur und eine echte Unterstützung für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen volle Frauenrechte, legale Abtreibung, Sexualerziehung, Geburtenkontrolle und Freiheit von Gewalt. Wir wollen volle Menschenrechte. Wir wollen einen säkularen Staat, einschließlich der Abschaffung der staatlichen Finanzierung der Kirche, und wir wollen die Religion aus den Schulen verbannen. Wir wollen eine Regierung, die zurücktritt. Wir ernennen einen Koordinierungsrat wie in Weißrussland, der das von der PiS verursachte Chaos beseitigen wird« (Ogólnopolski Strajk Kobiet (2020c – Übers. J.R.).
- 60 Viele vertraten die Position, die Vulgarismen würden dem Frauenstreik schaden. Einige Sprachwissenschaftler_innen sahen die Gründe für die Anwendung vulgärer Sprache jedoch differenzierter. Zu solchen differenzierten Bewertungen siehe Leszek Kalinowski in der *Gazeta Lubuska* (2020) Aleksandra Puculek (2020) oder in der *Gazeta Wyborcza* Agata Szczygielska-jakubowska (2020).

die zu dieser Verzweiflung und Wut der Frauen angesichts des Abtreibungsverbots geführt haben, sind dafür verantwortlich, dass wir auf die Straße gegangen sind. Und dass wir immer heftiger protestieren. Im Moment nehmen wir kein Blatt vor den Mund, aber alsbald werden wir auch unsere Maßnahmen nicht mehr weiter einschränken [...]. Wir werden unsere Mittel im Kampf für Frauenrechte verschärfen. Wir werden Straßen, Kreuzungen und Kreisverkehre in Städten in ganz Polen blockieren. Das beginnt bereits am Montag – Blockade (Onet Kobieta 2020 – Übers. J.R.).

Es ist anzunehmen, dass die Regierung hoffte, die Pandemie würde Menschen davon abhalten, den Massenprotest vom ersten Frauenstreik im Oktober 2016 zu wiederholen.

Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Unter dem Slogan »Das ist Krieg«, so der Titel des Hauptereignisses des Frauenstreiks auf Facebook, zogen Menschen am 25. Oktober 2020 im ganzen Land zu Hunderttausenden durch die Straßen. Die Polizei verhielt sich zunächst sehr zurückhaltend gegenüber den friedlich Demonstrierenden, hätten allerdings auch allein aufgrund der großen Menge, der sich versammelnden Menschen keine Chance gehabt, den Protest zu verhindern. Die größte Versammlung fand laut Angaben der Polizei mit 100.000 überwiegend friedlichen Teilnehmenden am 30. Oktober in Warschau statt (vgl. Fakt24 2020). Kleine Gruppen verummter Hooligans und Rechtsextremer versuchten, die Demonstrierenden im Zentrum Warschaws anzugreifen, kapitulierten jedoch letztendlich und flüchteten vor der überwältigenden Zahl der Versammelten.⁶¹ Inga Iwasiów, eine feministische Schriftstellerin und Universitätsprofessorin aus Szczecin, beschrieb in einem Interview, wie wichtig die Größe der Versammlung bei solchen Protesten sind: »Die Menge gibt uns Kraft. Wenn wir viele sind, ist es einfacher, an diese Veränderung zu glauben. Wir spüren eine Verbundenheit, wir überschreiten verschiedene scheinbare Grenzen« (Iwasiów/Kowalewska 2020 – Übers. J.R.).

Während im Jahr 2016 in etwa 150 Ortschaften Kundgebungen stattfanden, meldete der Polenweite Frauenstreik im Spätherbst 2020, es hätte im Oktober und November Demonstrationen in über 600 Ortschaften gegeben. Besonders zu bemerken ist, dass die Massenkundgebungen zu dem Zeitpunkt stattfanden, als in Polen Lockdown war und sämtliche Versammlungen verboten waren. Insofern ist anzunehmen, dass die Beteiligung an den Kundgebungen unter anderen Bedingungen im öffentlichen Raum noch größer ausgefallen wäre. Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Kantar stellten fest, dass Anfang November 2020 eine gewaltige Mehrheit von 70 % der polnischen Bevölkerung die Proteste unterstützte, von denen 13 % sich selbst an ihnen beteiligte (PAP 2020b). Im Vergleich zu ähnlichen Umfragen

61 Siehe hier vor allem die Live-Übertragungen von den Protesten und Videodokumentationen, die auf YouTube veröffentlicht wurden.

im Herbst 2016 war interessant, dass der Zuspruch bei Frauen und Männern 2020 viel ähnlicher ausfiel. Die Unterstützung und Beteiligung von Bewohnern kleinerer Städte mit 20.000 bis 100.000 Einwohner_innen zeigte sich gleichzeitig ungewöhnlich hoch und bei Jugendlichen am höchsten (ebd.). Das besondere Interesse junger Menschen an dem Thema bestätigten auch Untersuchungen von Interaktionen in den Sozialen Medien. Die meisten User_innen, die den Hashtag *#Strajkkobiet* nutzten, waren Teenager mit nur sehr loser Verbindung zum Spektrum der frauenpolitischen Aktivist_innen (Jarynowski/Platek 2021). Junge Menschen waren eher bereit, sich trotz der Pandemie dem Risiko einer Infektion auszusetzen. Sie versammelten sich in Spontankundgebungen oder initiierten auf Facebook Protestveranstaltungen.

Anders als im Oktober 2016 generierten die Proteste nicht den Effekt der politischen Sichtbarmachung des Demos als Versammlung der »Beliebigen« und des »weiblichen polnischen Volkes«, welches sich über politische und anderweitige Differenzen hinweg im Modus des Widerstreits versammelte. Der mit Marta Lempart und Klementyna Suchanow assoziierte Polenweite Frauenstreik (OSK), welche beide zu dem Zeitpunkt bereits öffentlich bekannte Personen darstellten, war inzwischen eindeutig dem oppositionellen Lager zuzuordnen. Diesmal entwickelte sich eine gänzlich andere Dynamik: Die Proteste stellten den Machtanspruch der Regierung und den durch das rechte politische Lager auf nationaler Ebene verwalteten Staats sowie die katholische Kirche unmittelbar infrage.

Die Reaktion des rechtskonservativen und rechtsextremistischen Lagers ließ nicht lange auf sich warten. Robert Bąkiewicz, Vorsitzender der Stiftung des Unabhängigkeitsmarsches (*Stowarzyszenie »Marsz Niepodległości«*), verkündete am 26. Oktober die Gründung einer Nationalgarde (*Straż Narodowa*), die eine vermeintliche »neobolschewistische Revolution stoppen« sollte (vgl. Bąkiewicz Zitat nach Biel/TNV24 2020 – Übers. J.R.). Bąkiewicz teilte der Presse vor einer Kirche in Warschau mit: »Wir wollen nicht, dass diese zivilisationsfeindlichen Milieus uns Katholiken angreifen, deshalb bauen wir eine Art Selbstverteidigung auf – eine katholische zivilisatorische Selbstverteidigung« (Bąkiewicz Zitat nach Fakt 2020; Biel/TVN24 2020 – Übers. J.R.). Er kündigte an, »jede Kirche, jeden Bezirk, jede Stadt und jedes Dorf« verteidigen zu wollen.⁶² Die Leitung der Gewerkschaft der NSZZ »Solidarność« schloss sich dem an und forderte ebenfalls eine Verteidigung der Kirche und die Unterstützung der rechtsextremen Nationalgarde (*Straż Narodowa*).⁶³ Es lief auf eine Konfrontation mit Rechtsextremen und Fußballhooligans, aber auch der Staatsmacht hinaus. In einer Videobotschaft, die am 27. Oktober auf dem YouTube-Kanal und dem Facebook-Profil der Partei PiS veröffentlicht wurde, verurteilte

62 Die Nationalgarde baut seitdem seine Strukturen auf und schult Freiwillige, um besser auf ähnliche Proteste vorbereitet zu sein (vgl. die Webseite der Nationalgarde).

63 Die Stellungnahme erfolgte ebenfalls am 27.10.2020 (vgl. Drabnik 2020).

der Vize-Premier Jaroslaw Kaczynski die Demonstrationen, die eine »Gefährdung der Allgemeinheit« darstellen und kriminell seien, als religiösen »Nihilismus« und rief die Bevölkerung auf, sich an der Verteidigung der Kirchen und des Landes zu beteiligen:

Dem muss entgegengewirkt werden. Es ist die Pflicht des Staates, aber auch die Pflicht der Bürger. Wir müssen insbesondere die polnischen Kirchen verteidigen. Wir müssen sie um jeden Preis verteidigen. Ich rufe alle Mitglieder der Partei Recht und Gerechtigkeit und alle, die uns unterstützen, auf, sich an der Verteidigung der Kirche zu beteiligen. An der Verteidigung dessen, was heute nicht durch Zufall angegriffen wird. Oft sieht man in diesen Angriffen bestimmte Elemente der Vorbereitung, wenn nicht sogar Ausbildung. Dieser Angriff ist ein Angriff, der Polen zerstören soll. Er soll zu einem Triumph von Kräften bewirken, deren Macht im Grunde dazu führen soll, die Geschichte des polnischen Volkes in der Form zu beenden, wie wir sie bisher gesehen hatten. Diese Nation, die unsere Nation ist, die in unseren Geistern, in unseren Herzen ist. Das Polen, das Gegenstand des Patriotismus ist. Lasst uns Polen, lasst uns den Patriotismus verteidigen. Zeigen wir hier Entschlossenheit und Mut, denn nur so kann der durch unsere Gegner erklärte Krieg gewonnen werden [...]. Wir sollten uns auch daran erinnern, dass wir absolut im Recht sind, was juristische Fragen angeht. Dieses Urteil kann nicht während der derzeit geltenden Verfassung geändert werden. Noch weniger ist es möglich, ein Gesetz zu verabschieden, welches Abtreibung auf Wunsch zuließe. Und so lautet die Forderung der extremen Linken [...] (Kaczyński 2020 – Übers. J.R.).

Die Aufmachung des Videos und der verwendeten Formulierungen lösten eine Welle der Empörung aus. Die Wortwahl und Form erinnerte an die Verhängung des Kriegsrechts durch die staatssozialistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZ-PR) und General Wojciech Jaruzelski im Jahr 1981, welches dazu diente, oppositionelle Proteste niederzuschlagen. Die Gefahr, dass die Regierung die Armee gegen die Protestierenden ins Feld schickt, um die Kontrolle über den öffentlichen Raum wiederzugewinnen, schien im Oktober 2020 sehr real.

Am 23. Oktober wurde auf Anweisung des Premierministers eine neue Verordnung zum »Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« in Zeiten der Pandemie veröffentlicht. Diese sollte es ermöglichen, die Militärpolizei gegen die Proteste einzusetzen. Kaczyński erwog die Anwendung von Gewalt gegen die Protestierenden (vgl. Kondzińska/Paś/Gazeta Wyborcza 2020b). Die juristische Tageszeitung *Gazeta Prawna* berichtete, es hätte Überlegungen gegeben, die Soldaten der Territorialverteidigung (*Wojska Obrony Terytorialnej*, kurz WOT, oder Armee zur Territo-

rialverteidigung) zu mobilisieren.⁶⁴ Laut Informationen, die auf dem Messenger-Dienst Telegram am 4. Juni 2021 nach einem Hackerangriff auf das E-Mail-Konto des Kabinettschefs des Premierministers veröffentlicht wurden, stand wohl zur Debatte, die Gebäude des Verfassungsgerichtshofs, des Sejm, der Regierung und der PiS-Zentrale mittels der Armee zu schützen, diese also gegen den Frauenstreik einzusetzen.⁶⁵ Die Drohung eines durch die Regierung veranlassten Militäreinsatzes und die Mobilisierung rechter Kräfte beunruhigte staatliche Vertreter der uniformierten Dienste. In einem Appell richteten sich hochrangige emeritierte Generäle und Admiräle der polnischen Armee, der Polizei und des Grenzschutzes, der Staatlichen Feuerwehr, des Regierungsschutzbüros, der Strafvollzugsbehörden und der Sicherheitsdienste am 2. November 2020 an die Regierung und die Demonstrierenden.⁶⁶ Sie drückten ihr Besorgnis darüber aus, dass die weitere Eskalation zu Blutvergießen führen könnte. Sie forderten die Regierung auf, den »Willen des Volkes zu achten« und Entscheidungen, die auf keine gesellschaftliche Akzeptanz stoßen, rückwirkend zu ändern (Stowarzyszenie Generalów Policji Rzeczypospolitej Polskiej 2020; Generalowie i Admirale Rzeczypospolitej 2020). Die Einsatzkräfte der Polizei und Armee forderten sie auf, im Einklang mit dem Gesetz zu handeln und »dem Volk zu dienen«. Sie verwiesen dabei auf den Verfassungstext sowie auf den dem Volk abgelegten Treueeid, in dem es heißt: »Ich schwöre, der Nation treu zu dienen, die durch die Verfassung der Republik Polen festgelegte Rechtsordnung zu schützen, die Sicherheit des Staates und seiner Bürger zu wahren, auch unter Ein-

64 Die Armee zur Territorialverteidigung wurden 2015 durch den Verteidigungsminister Antoni Macierewicz ins Leben gerufen. Für die Armee werden freiwillige Zivilisten und Zivilistinnen mit patriotischen Beweggründen rekrutiert (15 % der Armee besteht aus Soldatinnen), von der Armee zu Verteidigungszwecken geschult und mit Waffen ausgerüstet. Schon während der Gründung der aus freiwilligen »Patrioten« rekrutierten Armee, gab es Befürchtungen, dass diese nicht nur zur Verteidigung der Außengrenzen im Falle eines Krieges, sondern auch für innenpolitische Zwecke ausgenutzt werden könnte. Seit einer Entscheidung des Ministers für Nationale Verteidigung vom 13. März 2020 März, wurde das Funktionsmodell der WOT-Armee auf Krisenbekämpfung umgestellt und unterstützte unter anderem die Polizei in der Bewachung von COVID-19 Quarantäne-Verordnungen (vgl. Wróbel/Tratkiewicz k.A.).

65 Der Zeitung »Gazeta Prawna« zu Folge wurden die Informationen von zwei Informanten bestätigt (vgl. Miłosz/Gazeta Prawna 2020). Zu den Veröffentlichungen nach dem Hackerangriff auf Telegram (vgl. Czuchnowski (2021). Ein Teil der später auf Telegram veröffentlichten E-Mail-Nachrichten sind den Aussagen des Ministers zu Folge manipuliert gewesen (vgl. Wirtualne Media 2021).

66 Das Schreiben wurde namentlich nur von Personen unterzeichnet, die nicht mehr im Amt sind. Es wurde allerdings betont, dass der Brief auch von derzeit tätigen Vertretern dieser Gruppen unterstützt wird, es jedoch aufgrund möglicher Repressionen entschieden wurde, nur die emeritierten Personen namentlich zu nennen (mehr dazu unter Czuchnowski 2020).

satz meines Lebens.«⁶⁷ Dass die Verfasser_innen die Proteste in dem Schreiben als »Volkswille« anerkennen und die Regierung indirekt zur Änderung ihrer Entscheidungen auffordern, war in diesem Zusammenhang besonders brisant.

Trotz des enormen Drucks seitens der Regierung war die Polizei in Warschau nicht imstande, die wöchentlichen Protestversammlungen zu verhindern, und verlor regelmäßig die Kontrolle über das Geschehen im öffentlichen Raum. Flexibilität und Spontaneität der Protestierenden erwiesen sich im Umgang mit der Polizei als vorteilhaft, die ihrerseits koordiniert und auf Basis von Befehlen handelte. Wenn die Polizei einen Straßenabschnitt blockierte, wichen die friedlich »spazierenden« Demonstrant_innen einfach in eine andere Richtung aus, um auf diese Weise ihren »Spaziergang« fortzusetzen. Die Richtungsangabe erfolgte zumeist über Megafone oder über Telegram-Nachrichten. Strategische Bewegungsabläufe erhielten sogar eigene Bezeichnungen, wie z. B. die »Schlange«, womit schlangenartige Manöver der Demonstrationzüge gemeint waren. Angesichts der effektiven Manöver der Demonstrierenden und der offensichtlichen Hilflosigkeit der Polizei behauptete der staatliche Nachrichtensender TVP Info, die Initiatorinnen der Frauenstreikproteste hätten hierfür spezielle Schulungen durchlaufen. Damit wurde suggeriert, dass es sich nicht um spontane Bürgerproteste handele, sondern um geplante Störungen der öffentlichen Ordnung.

Die räumlichen Protestrepertoires beschränkten sich nicht nur auf »Spaziergänge«, die Besetzungen von öffentlichen Plätzen oder die Blockade zentraler Verkehrsknoten in den Innenstädten. Angespornt durch den Erfolg der Massenmobilisierung fingen die Protestierende an, sich in ihren räumlichen Protestformen gegenseitig zu überbieten. Sie besetzten nicht nur öffentliche Räume durch Versammlungen und körperliche Präsenz, sondern auch symbolische Orte, die mit dem Symbol der Proteste, dem roten Blitz-Zeichen, versehen wurden. Neben der Besetzung von Orten durch körperliche Präsenz reichten die Protestformen von Lichtilluminationen auf Kirchenwänden und Statuen bis zum Besprühen von Kirchenwänden oder Denkmälern. Beispielsweise versah ein Mann die 36 Meter hohe weiße Christus-König-Statue in Świebodzin mit einer ebenfalls viele Meter langen Lichtillumination des roten Protestsymbols.⁶⁸

Als eine der spektakulärsten Aktionen erwies sich die »Eroberung des Giewont« in den Karpaten (Polsat News 2020). Eine Gruppe von Frauen, die den Berg Giewont im Tatra-Gebirge bestieg, hängte über das sich dort befindende 17,5 Meter hohe Kreuz-Gerüst eine fast genauso große Flagge mit dem Roten Blitz-Zeichen und

67 Zum Inhalt des Eids siehe die Seiten der Polnischen Polizei: Komenda Główna Policji (k.D.: 87–88).

68 Ein Priester hatte daraufhin eine Anzeige wegen Beleidigung religiöser Gefühle gestellt. Die örtliche Staatsanwaltschaft lehnte jedoch eine Verfolgung ab (vgl. Matyszczyk 2020).

der Aufschrift »Häusliche Gewalt ist keine Tradition« (ebd.). Berichten des öffentlichen Fernsehens zufolge war es nicht das erste Mal in diesem Jahr 2020, dass dort illegal ein Transparent angebracht wurde (TVP 3 2021). Am 9. Juli sei es ein Transparent gewesen, auf dem der Präsidentschaftskandidat Andrzej Duda unterstützt wurde, und am 15. August ein pro LGBT-Transparent (vgl. Karwowska/Paś/Gazeta Wyborcza 2020a). Bereits zuvor kam es im Sommer 2020 zu diversen Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum. Sie entfachten sich aufgrund der Hetze gegen nicht heterosexuelle Menschen und die Verhaftung der LGBTQ*-Aktivist_in Margot. Aktivist_innen widmeten bereits hier Denkmäler symbolisch für den Kampf um LGBTQ*-Rechte um. Die räumlich-sinnlichen Interventionen während des Frauenstreiks im Herbst 2020 stellen jedoch eine Steigerung und Vervielfachung dieser Formen des Protests dar.

Als anspornend für viele Protestierende stellen sich die ungewöhnlichen und mutigen Aktionen von Klementyna Suchanow dar, über die sich immer wieder Grenzen des Möglichen und Machbaren verschieben. Die Aktion der Umbenennung eines Rondells im Zentrum von Warschau durch den Frauenstreik erwies sich als besonders spektakulär. Das »Rondell des Roman Dmowski«, benannt nach dem Hauptideologen der rechtsgerichteten Nationalist_innen, ist ein beliebter Versammlungsort für Großdemonstrationen. Der jährlich am 11. November, dem Polnischen Unabhängigkeitstag, von einem Bündnis rechter Gruppierungen organisierte *Marsz Niepodległości* (Marsch der Unabhängigkeit) beginnt seit 2011 an diesem Ort.

Auch der Frauenstreik versammelte sich während zahlreicher Demonstrationen (»Spaziergänge«) und Proteste von 2020/2021 immer wieder an diesem zentralen Knotenpunkt Warschaus, so auch am 6. Dezember 2020. Wie schon an den Tagen zuvor wurden die Lautsprecheransagen der Polizei, die Demonstration aufzulösen ignoriert. Stattdessen hatte der Frauenstreik auf Initiative von Jurist_innen eigene Ansagen im Namen »der Bürgerinnen und Bürger« u.a. mit Hinweisen auf das ihnen zustehende »Versammlungsrecht« vorbereitet. Weitere an die Polizei richteten Ansagen wiesen sie an, sich an die geltende Rechtslage zu halten.⁶⁹

Während tausende Demonstrierende es der Polizei unmöglich machten, die Versammlung aufzulösen oder von der Straße abzudrängen, kletterte Klementyna Suchanow auf einen Lastwagen und eine darauf platzierte Leiter. So gelang es ihr, das mehrere Meter über dem Rondell platzierte Straßenschild mit dem Namen des Patrons der rechten Bewegung Roman Dmowski mit einem anderen Schild zu verdecken.⁷⁰ So kam es zur Inauguration und weitergehenden Materialisierung des »*Rondo Praw Kobiet*« (Rondell der Rechte der Frauen«). Das Schild blieb im

69 Vgl. die Live-Übertragung der Demonstration durch OKO.press auf YouTube (OKO.press 2020).

70 Vgl. ebd. Der Wechsel des Straßenschildes beginnt, ab der circa 12:12 Minute, der Aufnahme.

Anschluss über mehrere Tage dort hängen. In ihren Reden und Ankündigungen von Versammlungsorten bezeichneten die Vertreter_innen des Frauenstreiks das Rondell später nur noch als »Frauenrondell«. Suchanow erklärte in einem von der Verfasserin im Winter 2021 durchgeführten Interview, dass die Strategie des Frauenstreiks darauf beruhe, »unverschämt« zu agieren.⁷¹ Anstatt einfach nur Forderungen zu stellen, setzen sie die gewünschten feministischen Alternativen am helllichten Tag unter den Augen der Öffentlichkeit und der Live-Berichterstattung der Medien in die Tat um. Dies stellt laut Suchanow einen entscheidenden Unterschied zu heimlichen, in der Dunkelheit durchgeführten Aktionen dar. Tatsächlich finden diese unverfrorenen eigenständigen Durchsetzungen alternativer räumlich-sinnlicher Ordnungen Nachahmung an diversen Orten in ganz Polen. Durch diese performativen Handlungen wie Versammlungen, materielle Interventionen und sprachliche Handlungen verwandeln sich die Topografien der Städte und die Orte des Öffentlich-Gemeinsamen.

Von revolutionären Aufrufen bis zur Repression

Die Stimmung war Anfang November fast revolutionär, da spontane Versammlungen im ganzen Land den öffentlichen Raum einnahmen und der Unmut über Lautsprecher und Megafone in den Straßen und auf den Plätzen hallte. Im Vergleich zum Frauenstreik im Jahr 2016, der in etwa 150 Ortschaften stattfand, waren es im Jahr 2020 ungefähr 500 Orte.

In einem Interview mit der Zeitung *Gazeta Wyborcza* drückte Klementyna Suchanow am 6. November 2020 ihren Enthusiasmus und das Gefühl des Triumphs aus:

Ich weiß, dass nur Frauen dem, was in der Welt geschieht, die Stirn bieten können. Ich habe nie einer Organisation angehört, ich habe mich nie als Feministin gefühlt, aber aus taktischen Gründen habe ich vor ein paar Jahren entschieden, dass der Frauenstreik die Welt verändern würde, und ich musste mich dieser Kraft anschließen. Als die jungen Leute angingen, sich anzuschließen, wusste ich, dass diese Kombination den Wandel bringen würde. Jetzt, wo es so weit ist, bin ich verdammt erfüllt. Wir haben eine Revolution! (Karwowska/Paś/*Gazeta Wyborcza* 2020a).

Sie meinte, es sei das erste Mal, dass der Streik und nicht die Regierung den Ton angeben würde (vgl. ebd.). Auf die Frage, warum es gerade Frauen sind, die eine »Revolution« herbeiführten, antwortete Marta Lempart, eine der Initiatorinnen des

71 Interview und Gespräch mit Klementyna Suchanow v. 2021.

Streiks, der Journalistin: »Es wirkt sich auf unseren Körper aus, es ist eine organische Reaktion, die durch das Gefühl der Bedrohung entsteht« (ebd.).

Die Leitung des Polenweiten Frauenstreiks setzte der Regierung im November in öffentlichen Meldungen ein Ultimatum, bis zum Ende des Jahres zurückzutreten. In einem Medieninterview begründete Klementyna Suchanow das Ultimatum wie folgt: »Wir sehen dies als ein Haus, das aufgeräumt und neu dekoriert werden muss. Meiner Meinung nach muss die gesamte derzeitige politische Klasse, einschließlich der Opposition, ersetzt werden« (Karwowska/Paś/Gazeta Wyborcza 2020b): Laut Marta Lempart handelte es sich um »anti-systemische Proteste«, bei denen es jedoch nicht darum gehe, das System »zu stürzen«, sondern darum, es durch ein anderes, besseres zu ersetzen. Sie fügte hinzu:

Wir hoffen, dass dies das Ende dieser Regierung sein wird, und alles wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Schließlich ist das Bewusstsein, dass der Staat nicht funktioniert, weit verbreitet, und das nicht nur im Zusammenhang mit der Pandemie. Dies ist eine der Auswirkungen der Proteste – dieses Wissen ist öffentlich, laut und wird nicht verschwinden (ebd.).

Das Ziel des Streiks war es, dem Beispiel der Anti-Regierungs-Proteste in Weißrussland zu folgen und die Regierung in Warschau durch andauernde oder zumindest wöchentliche Demonstrationen und Blockaden zum Rücktritt zu zwingen.

Umfragen im Dezember zeigten, dass die Stimmung in der Bevölkerung gekippt war und es prozentual etwas mehr Gegner_innen als Befürworter_innen der Regierung gab (vgl. Łukaszewski/Gazeta Wyborcza 2020). Um bereits im Vorfeld Lösungen und Vorschläge für die Zeit nach dem Abtreten der Regierung und des Lagers der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) zu präsentieren, richtete der Polenweite Frauenstreik (OSK) einen Konsultationsrat ein. Sie luden Expert_innen (laut OSK »Bürger«) ein, die zu verschiedenen Themenbereichen Reformen vorschlagen sollten, um diese anschließend auf der Internetplattform Loomio unter Beteiligung der Bevölkerung zu diskutieren.⁷² Ziel war es, die auf der Straße formulierten For-

72 Angeblich besteht der Rat aus Der Rat besteht aus »500 Personen in 14 Teams, Aktivisten und Experten, die in ihrer Freizeit und unentgeltlich arbeiten« und der Polenweite Frauenstreik unterstützt den Rat mit einem Sekretariat. Die Teams sind nach folgenden Themen aufgeteilt: »Frauenrechte, LGBT+-Rechte, Rechte von Menschen mit Behinderungen, Rechtsstaatlichkeit, säkularer Staat, Bildung, Arbeitnehmerrechte, Gesundheit, psychische Gesundheit, Medien, Kultur, Klima und Tierrechte«. Zur Plattform und Selbstbeschreibung siehe Ogólnopolski Strajk Kobiet (2021). Loomio hat sich als breite Kommunikationsplattform nie richtig etablieren können. Dies zeigt, dass ein Wechsel von kommerziellen sozialen Medien zu anderen weniger verbreiteten, nicht-kommerziellen Plattformen nicht einfach umsetzbar ist (obwohl in diesem Fall leitende Bewegungsakteur_innen und Organisationen dazu aufgerufen hatten und überzeugt waren, dass die Bewegung dem folgt und die Kommunikation in alternative Räume verlegt).

derungen zu sammeln und eine Übergangsregierung zu bilden, die diese umsetzt. Parteien sollten bereits vor den Wahlen unter Druck gesetzt werden, damit sie die Forderungen der Bürger_innen auch in Zukunft respektieren (Abucewicz/Gazeta.pl 2020). Am 27. Oktober 2020, also während der Hochphase der Proteste und der fast revolutionären Stimmung kündigten Aktivist_innen auf Facebook die mit dem Rat der Protestbewegung in Weißrussland vergleichbare Bildung eines Bürgerrates an (Ogólnopolski Strajk Kobiet 2020c).

Presseberichten der Gazeta Wyborcza zufolge setzte sich Jarosław Kaczyński, dem das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten für Sicherheitsfragen, das Ministerium für Inneres und Verwaltung, das Verteidigungsministerium und das Justizministerium unterstehen, dafür ein, dass die Polizei hart gegen die Demonstrationen vorgeht (vgl. Kondzińska/Paś/Gazeta Wyborcza 2020b). Dem hätten sich allerdings der Polizeipräsident Jarosław Szymczyk und der Leiter des Innenministeriums Mariusz Kamiński widersetzt. Der Rücktritt des Polizeipräsidenten nach der ersten Protestwelle im November 2020 soll eine Folge dieser Auseinandersetzung gewesen sein (vgl. ebd.). Der Sprecher der Polizeigewerkschaft wiederum äußerte sich in den Medien, die Beamten seien unsicher, auf welcher rechtlichen Grundlage sie eigentlich handeln sollten und wer im Recht sei – die Regierung oder die Demonstrant_innen:

Wir Polizeibeamten, angefangen von den Kommandanten bis zu denjenigen, die mit einem Einsatzschild auf der Straße stehen, sind verwirrt und fühlen uns verloren, weil die Rechtslage unklar ist. Einige sagen, dass es in Ordnung sei, zu protestieren, weil kein Ausnahmezustand herrsche, und dass die verfassungsmäßigen Freiheiten einschließlich des Rechts, sich zu versammeln oder zu protestieren, nicht durch Vorschriften eingeschränkt werden dürfen. Andere sagen, es sei nicht erlaubt zu protestieren, weil die Regierung ein Versammlungsverbot verhängt habe. Es sind die Machthaber, die ein solches rechtliches Chaos verursacht haben (Rogowska/Gazeta Wyborcza 2020).

Nach dem Rücktritt des Polizeipräsidenten Jarosław Szymczyks und der Neubesetzung der Kommandantur änderte sich auch die Taktik und Gewaltbereitschaft der Polizei gegenüber den Demonstrierenden. Es folgte ein Kampf um das Recht auf Versammlungsfreiheit sowie die Rückgewinnung der Macht über den öffentlichen Raum und das territoriale Monopol des Staates. Zu diesem Zweck galt es, die Protestierenden, ihre kollektiven Bewegungsabläufe und die durch die Lautsprecher verkündeten Appelle, welche die Autorität der Staatsmacht infrage stellten, einzudämmen und die durch die Versammlungen beanspruchten Plätze und Straßen insbesondere in der Hauptstadt für den Staat zurückzuerobern. Dieser Kampf um die Hoheit zeigte sich auch in den Sprechchören wie: »Zieh die Uniform aus und entschuldige dich bei deiner Mutter« (*»Przepros matkę zdejmij mundur«*) sowie an Laut-

sprecheransagen. Während die Polizei mittels einer Tonbandaufnahme mit männlicher Stimme dazu aufrief, die Versammlungen aufzulösen, hatten die Demonstrierenden wie auch zuvor ihre eigenen Ansagen, die im gleichen Stil und gleicher Tonlage über das Recht auf Versammlung und die Illegalität polizeilicher Maßnahmen informierten. Die Ansagen des Frauenstreiks wurden wie die polizeilichen Anweisungen über Lautsprecher abgespielt, nur waren sie lauter, sodass sie diese über-tönten. In öffentlichen Statements während der Kundgebungen, in den Telegram-Kanälen lokaler OSK-Gruppen und den auf Facebook live übertragenen Pressebriefings des Polenweiten Frauenstreiks wurden Handlungsempfehlungen ausgesprochen und die Strategien angekündigt. Eine Strategie war bspw., den Anweisungen der Polizei, wenn sie das Recht der Bürger auf spontane Versammlungen einschränke, nicht zu folgen, da sie rechtswidrig seien. Da außerdem die Verteilung von Strafzetteln keine Rechtsgrundlage habe, sollte auch die Entgegennahme von Strafzetteln verweigert werden.

Dennoch waren sich die Koordinatorinnen der Proteste bewusst, dass ihre Ressourcen nicht mit denen vergleichbar sind, die der Staat den Demonstrant_innen gegenüber aufbringen kann. Klementyna Suchanow erklärte in einem Interview die Strategien:

Unsere Aufgabe ist es, den Moment zu nutzen. Wir haben die staatlichen Institutionen nicht in der Hand, aber die Stärke des Streiks ist, dass wir seit langem mit den Menschen auf der Straße sind und spüren, was passiert. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als diese Macht auszulaugen, ihnen Keile ins Zahnrad zu stecken und ihre Schwächen auszunutzen. Mit jedem Fehler, den sie machen, wird es für sie schwieriger und ihre Degeneration nimmt zu (Karwowska/Paś/Gazeta Wyborcza 2020).

Trotz der immensen Mobilisierung, die den Frauenstreik von 2016 um ein Vielfaches übertraf, wurde am Mittwoch, dem 27. Januar 2021, die Urteilsbegründung des Verfassungsgerichtshofs vom 22. Oktober 2020 veröffentlicht (vgl. PAP 2021). Als Reaktion entflammte eine erneute Protestwelle. In einem Aufruf für eine Spontankundgebung hieß es: »Uns fehlen die Worte. Wir blockieren heute einfach und hinterlassen Spuren. Zum Gedenken an unsere Wut, zum Gedenken an den Tag der Verachtung, zum Gedenken, damit sie nie vergessen« (Ogólnopolski Strajk Kobiet/Warszawski Strajk Kobiet 2021). Während der auf diesen Aufruf folgenden Versammlungen und »Spaziergänge« bemalten und besprühten die Protestierenden öffentliche Gehwege und Straßen mit den Symbolen des Streiks. Auf diese Weise sollte der Widerspruch auch über die Versammlungen hinaus auf den Straßen und Plätzen *präsent* bleiben und sich das Bild der Städte und Dörfer einprägen.

Der Kampf zwischen den Protestierenden und dem staatlichen Gewaltapparat um den Hoheitsanspruch über den öffentlichen Raum wurde mit der Zeit immer er-

bitterter. Auch während der Proteste zeigte sich eine zunehmend repressiver werdende Haltung der Polizei, bspw. am Mittwoch, den 27. Januar, an dem Protestierende das Gelände des Verfassungsgerichtshofs in Warschau stürmten und das Gebäude mit roter Farbe besprühten.⁷³ Fünf der 13 in dieser Nacht verhafteten Personen (darunter Klementyna Suchanow und eine ältere Aktivistin, genannt Oma Kasia – »*Babcia Kasia*«) verblieben für 48-Stunden in Polizei-Gewahrsam. Eine Strategie der Polizei, die darauf abzielte, erneute Versammlungen zu verhindern, beruhte auf der räumlichen Trennung von festgenommenen Personen und deren Verteilung auf unbekannte Orte. So wurde Klementyna Suchanows Aufenthaltsort nach ihrer Festnahme am 27. Januar innerhalb ihrer 48-stündigen Haft mehrmals in andere Kleinstädte verlegt.⁷⁴ Diese Strategie kam zunehmend auch gegen eingekesselte Demonstrant_innen zur Anwendung, die sich einer Legitimierung verweigerten und keine Strafmandate annehmen wollten.

Zuvor war es bei Festnahmen zu spontanen Kundgebungen vor den Polizeiwachen gekommen und hatten Festgenommene oft eine sofortige unentgeltliche anwaltliche Unterstützung erhalten. Um die Mobilisierung der Protestierenden und solidarische Praktiken zu erschweren, brachte die Polizei festgenommene Protestierende immer öfter in Polizeidienststellen benachbarter Kleinstädte.⁷⁵ Häufig kam es vor, dass die Verhafteten mitten in der Nacht bei Minustemperaturen in einer Kleinstadt entlassen und geradezu ausgesetzt wurden, ohne dass jemand sie wussten, wo sie waren und ohne dass sie die Möglichkeit hatten, nach Hause zu gelangen.⁷⁶ Dem Bericht des Beauftragten für Bürgerrechte ist darüber hinaus zu entnehmen, dass die Mehrheit der Festgenommenen noch nie zuvor mit dem Gesetz in Konflikt geraten oder in Polizeigewahrsam gewesen war (ebd.).

Nach der offiziellen Veröffentlichung der Begründung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs machte sich in den darauffolgenden spontanen Protesten in Warschau und anderswo ein Stimmungswechsel unter den Protestierenden bemerkbar. Gleichzeitig veränderte sich die Konfrontation mit der Polizei. Zu Beginn der Protestwelle im Herbst 2020 versuchten die Streikkoordinatorinnen des OSK auf den Presseversammlungen und auf den Protestveranstaltungen selbst in den öffentlichen Ansagen Anknüpfungspunkte zu suchen, um die Polizeibeamt_innen solidarisch mit den Protestierenden zu stimmen und sie dazu zu bewegen, sich den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu widersetzen. Mit der zunehmenden Repression wurde

73 Vgl. Z.B. die Aufnahmen der Life-Übertragung von einem abendlichen Demonstrationzug in Warschau am 29.11.2021.

74 Laut Marta Lempart geht es darum die Unterstützung der Verhafteten zu erschweren und sie zu repressieren. Vgl. hierzu das Video-Interview mit Marta Lempart in Onet Rano (2021).

75 Laut eines Berichts des Bürgerrechtsbeauftragten gab es dafür keinen Grund, da es in den lokal zu den Zeitpunkten genug Platz für die Festgenommenen gab (vgl. Rzecznik Praw Obywatelskich 2021b).

76 Regionale Busse und Züge nach Warschau kursieren nachts meist nicht mehr.

das Verhältnis der Demonstrierenden und der Polizei immer unversöhnlicher und der Kampf um die Hoheit über den öffentlichen Raum schärfer.

Räumliche (An-)Ordnungen werden für Menschen laut Martina Löw u.a. dadurch erfahrbar, dass Körper in Raumarrangements integriert oder durch solche in Bahnen geleitet werden (vgl. Löw 2016). Indem die Polizei die Protestzüge mit ihren Körpern und Polizeiwagen blockierten, sollten die Protestierenden in Bahnen geleitet und Protestzüge gestoppt werden. Die Strategien und Maßnahmen der Polizeikräfte gegenüber Demonstrierenden verdeutlichen, dass die Durchsetzung von räumlichen (An-)Ordnungen und die Kontrolle der Bewegung auch eine Technologie der Macht darstellt. Die Polizei zielte darauf ab, die Protestzüge in kleine Gruppen aufzuteilen und einzukesseln. Dies diente nicht nur der Rückeroberung der Kontrolle über den öffentlichen Raum und die Menschenansammlungen. Die eingekesselten Personen wurden insbesondere in einer späteren Phase der Proteste bei Kälte oft stundenlang in den Kesseln festgehalten und konnte diese nur verlassen, wenn sie dazu bereit waren, sich auszuweisen.

Eine Koordinatorin des Polenweiten Frauenstreiks berichtete aus Szczecin in einem Interview, dass das Vorgehen gegenüber den Demonstrierenden in Großstädten besonders repressiv war. Schockiert über die Maßnahmen der Polizei gegen die Protestierenden berichtete sie über ihre Erlebnisse am 8. März 2020 März in Warschau:

Es waren zehnmal so viele Polizisten wie Demonstranten. Wir haben spontan eine Kreuzung gesperrt [...]. Wir mussten uns verstecken. Wir konnten noch nicht mal im Büro reden, weil das Büro wahrscheinlich abgehört wurde. Es wurde auf einen Zettel geschrieben [...] wohin der Protest verlegt wird [...]. Wir mussten einfach schnell handeln, damit die Polizei den Platz nicht vor uns sperrt. [...] die Polizisten haben uns in einem Kessel eingesperrt. Wir konnten nicht mehr raus. Die, die draußen waren, konnten nicht rein, die die drinnen waren, konnten nicht raus. Und dann haben die immer versucht, uns zusammenzudrücken und einzelne Leute aus der Masse zu ziehen [...]. Es gab einen Moment, da sind sie immer weiter nach vorne gegangen. Wir konnten aber nicht zurück ausweichen, weil dort ein Auto stand. Wir haben geschrien: »Ihr zerquetscht uns! Wir können nicht atmen!«. Wir konnten echt nicht atmen! Das war der Moment, wo ich hingefallen bin. Dann bin ich zwischen die Beine der Polizisten auf die Straße gefallen. Ich bin dann wieder in die Menge gezogen worden von den Demonstranten [...]. das war gefährlich [...]. Diese Situation werde ich mein Leben lang nicht vergessen, aber es ist für mich trotzdem kein Grund aufzuhören. Ich werde wieder nach Warschau fahren und unsere Mädels unterstützen.⁷⁷

77 Interview mit Marta, Juli 2021 per Zoom. Durchgeführt J.R. zusammen mit einer Studentin der Viadrina.

Mit der Zeit gelang es der Polizei, die Kontrolle über das Protestgeschehen im Land und auch in den Großstädten zurückzuerlangen. Es ist anzunehmen, dass die anfänglichen Überraschungseffekte, die von Demonstrant_innen durch ihr spontanes Verhalten hervorgerufen worden waren, bei der Polizei mit der Zeit abnahmen. Vor allem aber war es die immer geringere Teilnehmer_innenzahl gegenüber den aus dem ganzen Land nach Warschau verlegten Polizeitruppen, die eine Schwächung des Protests ausdrückten.

Neben dem Infektionsrisiko, das sich durch die regelmäßige Einkesselung der Demonstrierenden auf engem Raum erhöhte, erlitten die Aktivist_innen in den bis heute immer wieder aufflammenden Protesten gesundheitliche Schäden, die durch körperliche Gewalt seitens Polizei, Sicherheitsdiensten oder rechter Gruppierungen verursacht wurden.⁷⁸

Wie ich in Gesprächen mit Organisator_innen der Proteste entnehmen konnte, erfolgte das Engagement gegen das Urteil des Verfassungsgerichtshofs häufig angesichts des Gefühls der direkten körperlichen Bedrohung durch die neuen Regelungen. Gleichzeitig erforderten die Bedingungen, unter denen die Proteste stattfanden, einen hohen körperlichen Einsatz und auch die Fitness der Demonstrant_innen. Die Protestzüge bewegten sich zeitweise sehr schnell fort oder es musste mit stundenlangen Einkesselungen gerechnet werden. Vor allem viele ältere Menschen, gesundheitlich gefährdete Menschen und Familien mit Kindern blieben den Versammlungen und Demonstrationssägen fern und versuchten sie anderweitig zu unterstützen. Viele fürchteten sich vor der Ansteckungsgefahr mit dem Corona-Virus sowie den Auswirkungen polizeilicher Gewalt.

Im Gegensatz zu der Mobilisierung von 2016 war vom Herbst 2020 bis zum Frühjahr 2021 persönliche Betroffenheit von untergeordneter Bedeutung. Berichte über körperliche Erfahrungen von Unrecht, wie bspw. Gewalt in einer Ehe oder Partnerschaft, während der Geburt oder eines Schwangerschaftsabbruchs, wurden seltener öffentlich geteilt. Jetzt überwogen Berichte über polizeiliche Gewalt gegenüber den auf Protesten Versammelten und in Polizeigewahrsam Gehaltenen. Um sich gegenseitigen maximalen Schutz zu geben, zielten die Protestierenden auf den Straßen darauf, sich wie ein zusammenhängender Körper zu bewegen und zu verhalten, um Verletzung, Trennung und Verhaftung Einzelner zu verhindern. Der Konflikt spielte sich auch den Straßen, Plätzen und an symbolischen Orten ab. Er war viel rauer geworden und es gab keine vergleichbaren Bühnen mehr, auf denen Menschen aus ihrer persönlichen Perspektive in der Öffentlichkeit ihre Verletzlichkeit offenbarten und darüber sprachen, wie sie die politische Situation sowie reproduktive und sexuelle Politik im Land erfahren. Auch Facebook-Gruppen konnten die Rolle affektiver

78 So musste Klementyna Suchanow an der Wirbelsäule operiert werden, nachdem die Polizei sie am 26. Juli 2018 während eines Protests für LGBTQ*-Rechte vor dem Präsidentenpalast in Warschau niederschlug (vgl. Boczek/Oko.press 2021b).

Räume nicht mehr ausfüllen u.a. auch deshalb, weil sich die Diskussionspraktiken in den Gruppen aufgrund vieler interner Streits und der massiven Trollings im Jahr 2016 deutlich verändert hatten. Somit fielen im Jahr 2020 Anschlussmöglichkeiten für affektive Solidarität, in deren Rahmen alltägliche, private und vereinzelte Erfahrungen von Ungerechtigkeit verlinkt werden, insgesamt geringer aus. Im Jahr 2016 hatten solche affektiven solidarischen Praktiken und relationale Verknüpfungen noch dazu beigetragen, dass sich eine Vielzahl neuer Gruppen und große Netzwerke bildeten, die über die erste Protestwelle hinaus aktiv blieben. Obwohl 2020 und 2021 erneut eine große Protestwelle stattfand, die weitaus mehr Ortschaften als 2016 erfasste, und obwohl wieder neue Menschen hinzukamen, die zuvor nicht an frauenpolitischen Protesten teilgenommen hatten, sind aus diesen Protesten keine neuen größeren Bewegungsorganisationen entstanden, die mit den Mädels für Mädels oder dem Polenweiten Frauenstreik vergleichbar wären.

Hinsichtlich der Entstehung neuer solidarischer Netzwerke kann die breite und effektive Unterstützung inhaftierter und angeklagter Protestierender genannt werden, an der sich Hunderte von Rechtsanwält_innen ehrenamtlich beteiligten. In Warschau wurde die Rechtsbeihilfe vom anarchistischen Kollektiv SZPIŁ(A) (Stecknadel) organisiert. Auch fand unter dem Hashtag »Du wirst niemals wieder allein gehen« (*#Nigdy nie będziesz szła sama*) eine Anti-Repressions-Kampagne statt. Es wurden Solidaritätskundgebungen mit den Inhaftierten organisiert. Teilweise kamen diese in den Ortschaften zustande, in welche die Polizei Demonstrant_innen aus der Hauptstadt in Gewahrsam brachte. Mit Zunahme der Repression entstand ein harter Kern Protestierender, die bereit waren, die Risiken der Repression, gesundheitliche Schäden durch Polizeigewalt oder eine Corona-Infektion in Kauf zu nehmen. Marta Lempart, die über mehrere Wochen an einer Vielzahl von Protesten teilnahm und diese anführte, infizierte sich letztendlich selbst mit dem Virus (Gazeta Wyborcza 2020).

Wichtig für das Verständnis der politischen Lage ist der Umstand, dass die frauenpolitischen Akteur_innen nicht nur die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs anzweifeln, sondern die rechtsstaatliche Legitimität dieser Instanz insgesamt hinterfragten. Die Grundhaltung, das Urteil würde ein Unrecht darstellen und die Politik der Regierung sei illegitim, teilten u.a. auch liberale Politiker_innen. Die Abgeordnete des Sejms des Parteienbündnisses Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska*,⁷⁹ KO), Barbara Nowacka, nahm nicht nur an den Protesten teil, sie bezweifelte die Legitimität des Gerichts und führte aus:

79 Zum Bündnis unter dem vollen Namen *Koalicja Obywatelska PO .N I PL Zieloni*, welches 2018 vor den Regionalwahlen gegründet und 2019 ausgeweitet wurde, gehören die liberalen und sozial-liberalen Parteien *Platforma Obywatelska*, *Nowoczesna*, *Inicjatywa Polska* und *Partia Zielonych*.

Leider haben wir als Nation eine Menge Erfahrung mit dem Aufbau eines Parallelstaates gesammelt. Wir haben die Teilungen, den Zweiten Weltkrieg und den Kommunismus überlebt. Ich habe das Gefühl, dass die Zivilgesellschaft auch in diesem Fall funktionieren wird. In Polen gibt es bereits Nichtregierungsorganisationen, die Frauen helfen, ins Ausland zu reisen, um ihre Schwangerschaft abzuberechnen. Als zivile Koalition werden wir uns sicherlich darauf konzentrieren, den Ärzten, die nun vor dem Dilemma stehen, wie sie mit dem sogenannten »Urteil« umgehen sollen, rechtlichen Beistand zu garantieren (Witczak/Szczerbiak/Polityka 2021 – Übers. J.R.).

Das Vorhaben, die Regierung zum Rücktritt zu bewegen, konnte offensichtlich nicht erreicht werden. Die Strategie der Bewegung verlagert sich nun darauf, zumindest die Konsequenzen für ungewollt Schwangere abzumildern und unterstützende Infrastrukturen auf- und auszubauen. Dies soll den Betroffenen trotz der verschärften Bedingungen ermöglichen, eine reproduktive Entscheidung über das Nicht-Austragen einer Schwangerschaft selbstständig zu treffen. Ende April 2021 berichtete die Initiative Abtreibung ohne Grenzen (*Aborcja bez Granic*), seit der Verkündung des Urteils bis zu 17.000 Frauen unterstützt zu haben (vgl. Chrzczonowicz/Oko.press 2021). Abtreibung ohne Grenzen ist eine Initiative der Organisationen *Women in Web*, *Abortion Dream Team*, *Women Help Women*, *Ciocia Basia*, dem *Abortion Network Amsterdam* und dem *Abortion Support Network*, die Frauen in Polen unterstützen, Schwangerschaften in Polen oder im Ausland abzuberechnen (vgl. hierzu die Webseite der Initiative *Abortion without Borders*).

In den Augen der Anführerinnen des Polenweiten Frauenstreiks hatten der Staat und die Polizei im Allgemeinen längst die Berechtigung verloren, ihre Maßnahmen anzuwenden. Marta Lempart, die zuvor politisch eher als liberal galt, begründete dies damit, dass »der Staat nicht mehr neutral« sei und »die Polizei nach politischen Verordnungen« handele (Onet Rano 2021). Wie es zu dieser Radikalisierung ihrer Haltung kam, erläuterte sie Ende Januar 2020 in einem Live-Interview auf Onet.pl:

Wir glaubten eine Weile, und wollten es glauben, dass dieser Staat unser Staat ist und uns dient. Davon, dass dem nicht so ist, wussten verschiedene Personen, die schon vorher unterschiedliche Repressionen erlebten [...] Nun geschieht dies alles zum ersten Mal in solch einem großen Maßstab (ebd. – Übers. J.R.).

Mit der Begründung, die Proteste würden »durch die Ausbreitung von Epidemien eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Bürger darstellen«, forderte der stellvertretende Staatsanwalt Bogdan Świączkowski bereits am 28. Oktober 2020, scharf gegen die Protestierenden vorzugehen (vgl. Ivanova/Gazeta Wyborcza 2020; Dziubka/Wiadomości Onet 2020). In einem Schreiben, das er den Staatsanwaltschaften im ganzen Land zukommen ließ, rief er dazu auf, Personen die eine

»illegale Versammlung« organisieren oder andere zur Teilnahme anstiften, strafrechtlich mit Androhung einer Haftstrafe von bis zu 8 Jahren zu verfolgen (ebd.). Auch wenn die Anweisung der Staatsanwaltschaft bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung von Organisator_innen von Protesten nicht überall mit dem gleichen Enthusiasmus nachgekommen wurde, war die Zunahme von Repressionen einer der Gründe, warum viele mit der Zeit davor zurückschreckten, sich an den regelmäßigen Protestspaziergängen zu beteiligen (Pietraszewski/Gazeta Wyborcza 2020).

Die Verordnungen der Regierung, die ein Zusammenkommen von Menschen verhindern sollten und die mit der Bekämpfung der Pandemie begründet wurden, weisen einen eklatanten Unterschied in der Bewertung der epidemiologischen Gefahr von Menschenversammlungen auf. Eine Analyse der Verordnungen zeigt, dass die Gefahr einer Ansteckung teilweise in den Zusammenhang mit dem thematischen Inhalt der Versammlungen gebracht wurde. Ohne Bedeutung war die Größe der Menschenmenge, der Abstand zwischen den Protestierenden, Hygienemaßnahmen oder die Frage, ob die Proteste im Freien oder in Innenräumen stattfinden sollten.

Am 26. März 2021 verkündete die Regierung mit Verweis auf die Pandemie, jegliche Teilnahme an öffentlichen Versammlungen zu ahnden und nicht wie zu vor diejenigen, welche zu Protesten aufrufen bzw. diese organisieren.⁸⁰ Auf Befehl der Generalstaatsanwaltschaft wurden lokale Staatsanwaltschaften angewiesen, Organisator_innen von örtlichen Protestereignissen und Zeuginnen zu verhören. Im November 2020 berichtete Marta Lempart, sie sei in 48 Gerichtsprozesse verwickelt.⁸¹ Immer mehr Personen waren von der Repression betroffen und die Beschuldigungen gingen von Sachbeschädigung bis zu »Straftaten gegen die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen und der lokalen Selbstverwaltung«.⁸² Auf Kundgebungen, in Facebook-Gruppen und in den von mir geführten Gesprächen und qualitativen narrativen Interviews berichteten lokale Aktivist_innen, dass die Polizei sie nicht nur als mutmaßliche Organisator_innen von illegalen »Spaziergängen« verhörte, sondern auch das Umfeld oder Teilnehmer_innen von Protestereignissen. So wurden Arbeitgeber_innen verhört, Eltern und Schulen benachrichtigt sowie Jugendämter einge-

80 Zuvor war genau genommen die Organisation untersagt, jedoch Organisator_innen schwer zu belangen, da es sich meist um spontane Kundgebungen und Menschenversammlungen ohne konkrete Organisator_innen handelte (vgl. Baczyński/Onet.pl 2021).

81 Die Aussage traf sie u.a. im September 2019 auf einem öffentlichen Panel auf einer Tagung unter dem Titel »Wohin waren wir unterwegs? Wohin sind wir unterwegs? Europäische Tagung zu Frauen als Akteurinnen in den gesellschaftlichen Umbrüchen 1989/90 und heute«, welche in Berlin durch Owen e. v. organisiert wurde.

82 Auf Polnisch lauteten die Strafbestände, wie folgt: *Przestępstwa przeciwko wolności*: art. 193 *Przestępstwa przeciwko mieniu*: art. 288, *Przestępstwa przeciwko działalności instytucji państwowych oraz samorządu terytorialnego*: art. 222 § 1 (Bakun 2021: 95).

schaltet, wenn es sich bei Initiator_innen von Protesten um Minderjährige handelte.⁸³ Die Maßnahmen zeigten schnell Wirkung. Wie Akteur_innen aus einigen kleineren Orten an der deutsch-polnischen Grenze der Verfasserin berichteten, reichten in einigen Fällen schon die Verhöre aus, um sie einzuschüchtern, sodass einige sich von mutmaßlichen Organisator_innen von »Spaziergängen« distanzieren.⁸⁴

Allerdings zeigte sich bei Behörden und Justiz auch ein Widerstand hinsichtlich der Anwendung repressiver Maßnahmen. Zu vermerken ist bspw., dass, obwohl das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit von Gerichten und Richtern in Polen europaweit mit am niedrigsten ist (vgl. z.B. European Commission 2021), sich die meisten Gerichte als Hüter der elementaren Grundrechte bewährten. In Eilverfahren hoben Gerichte zunächst verhängte Strafen wieder auf. Darüber hinaus entschied das Oberste Gericht im Juli 2021, dass ein Verbot öffentlicher Versammlungen gegen Artikel 57 und Artikel 31(3) der Verfassung verstoße, da es mittels einer Verordnung und ohne angemessene Rechtsgrundlage eingeführt worden sei (vgl. Gazeta Prawna 2021).

Allmähliche Zerstreuung der Bewegung und Verlagerung von Arenen der Politik

Zunehmende repressive Maßnahmen, die Ermüdung nach monatelangen wöchentlichen Aufmärschen und der ausbleibende Erfolg waren jedoch nicht die alleinigen Gründe, warum immer weniger Menschen ihre Häuser verließen, um sich den Demonstrationen und Kundgebungen anzuschließen. Das Subjekt der »gewöhnlichen polnischen Frau« vom Oktober 2016 hatte sich längst in einer Heterogenität vervielfältigt. Der Protest wuchs im Jahr 2020 zwar zu einem Massenereignis heran, es offenbarten sich jedoch von Anfang an die unterschiedlichen Ziele und Motivationen der beteiligten Protestierenden. Während die einen den Wandel der Bewegung in einen Anti-Regierungs-Protest und die zahlreiche Beteiligung neuer Gruppierungen, wie bspw. männlicher Jugendlicher, begrüßten, kritisierten Teile des queeren und feministischen Spektrums, dass die Frage nach reproduktiven Rechten und spezifisch feministische Themen, die doch die Initialzündung gewesen waren, in die zweite Reihe rückten.

Auf den Vorwurf, der Frauenstreik habe den Kampf um reproduktive Rechte verraten und diesen in eine Anti-Regierungs-Proteste umgewandelt, reagierte die

83 Zu den Einschüchterungen und Repressionen siehe z.B. Kijek/Gazeta Wyborcza (2020). Siehe auch den lauten Fall eines 14-jährigen Jungen, der wegen der Organisation einer Strajkveranstaltung angeklagt wurde (Majnusz/Gazeta Wyborcza 2020).

84 Gespräche über die Situation in polnischen Kleinstädten führte ich im Frühjahr und Sommer 2021 wiederholt mit lokalen, an den Protesten beteiligten Akteur_innen.

Organisation des Polenweiten Frauenstreiks im März 2021 mit einer Kampagne für die Liberalisierung des Gesetzes zum Schwangerschaftsabbruch. Nicht nur die Kritik, sondern auch der Umstand, dass zuvor Irland, ein ebenfalls katholisches Land, im Jahr 2018 ein repressives Abtreibungsgesetz aufgehoben hatte und im Dezember 2020 die argentinische *Ni Una Menos*-Bewegung ebenfalls eine Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes bewirkt hatten, spornte auch die Bewegung in Polen an, über den Status quo hinauszudenken. Dem argentinischen Beispiel folgend sollte jetzt die Farbe Grün auch das Erkennungsmerkmal der Kämpfe zur Liberalisierung der Abtreibungsregelungen in Polen sein.⁸⁵

Tatsächlich ging es gar nicht mehr so sehr um die Zielsetzungen, denn es entflammte unter den Protestierenden bereits ein Streit über die Definition von Zugehörigkeit und Repräsentation. Eine weitere laute Kritik bezog sich auf die Verwendung des Begriffs »Frau«, der u.a. nicht-binäre und Trans*Personen ausschließt, die auch schwanger werden können. Als alternative Formulierung sollte der Begriff »Personen mit Gebärmutter« gelten, was wiederum seitens vieler sich als Frauen identifizierenden Personen auf Unverständnis und Ablehnung stieß. Das rechte politische Lager griff diesen Dispute sofort als Chance auf, um sich als diejenigen zu präsentieren, die Frauen noch als »Frauen« anerkennen – unabhängig davon, ob ihre Gebärmutter entfernt wurde oder nicht.⁸⁶ Diese Streitigkeiten über die Definition des kollektiven Subjekts und Zielsetzung der Proteste schwächte das spätere Mobilisierungspotential der Bewegung, die, wie diese Debatten zeigen, keineswegs einheitlich war. Mit der Zeit nahm die Beteiligung an den Protesten und teilweise auch der auf die Bewegung bezogene Zuspruch ab. In den Pressekonferenzen und Interviews machte sich nach den monatelangen Auseinandersetzungen Ermüdung bemerkbar.⁸⁷ Auf einer live gestreamten englischsprachigen Konferenz des Polenweiten Streiks beklagten sich die Koordinator_innen des Konsultativrats des OSK (*Rada Konsultacyjna przy OSK*), sie seien am Rande der Erschöpfung und müssten trotzdem dauernd performen: »Wir sind ausgebrannt. Wir kämpfen Tag für Tag. Wir leben von der Hand in den Mund. Wir haben eine Menge Probleme, über die wir

85 Die Farbe Grün hatte die argentinischen Kämpfe um die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen gekennzeichnet.

86 In einem Interview für zwei Journalistinnen der Zeitung *Wprost* äußerte sich sogar Jarosław Kaczyński zu dem Thema. Als sie ihn fragten, wer die Protestierenden für ihn seien, antwortete er: »Also traditionell, aber das ist schon eine ekelhaft reaktionäre Sichtweise, sind Sie Frauen! (Gelächter) Und nach der modernen Nomenklatur – Menschen mit Gebärmutter. Ich habe in meinem Leben mehrere Frauen gekannt, die aufgrund einer Krankheit ihrer Gebärmutter beraubt wurden. Und? Haben sie aufgehört, Frauen zu sein?«. Siehe (Miziołek/Olczyk/*Wprost* 2021 – Übers. J.R.).

87 Siehe z.B. das Medien-Interview mit Marta Lempart vom Mai 2021 von Anna Dudek (*Dudek/Wysokie Obcasy* 2021).

nicht öffentlich sprechen [...]. Unsere Lebensrealität ist ständiger Leistungsdruck« (Rada Konsultacyjna przy OSK 2021: 8:50-8 min. – Übers. J.R.).

Im Juli 2021 kam es seitens der Warschauer Staatsanwaltschaft zur längst erwarteten Anklage der drei Akteurinnen des Polenweiten Frauenstreiks, die als Hauptorganisator_innen der Proteste galten (Marta Lempart, Klementyna Suchanow und Agnieszka Czerederecka). Der Vorwurf lautete, sie hätten das »Leben und die Gesundheit vieler Menschen in Gefahr« gebracht (Onet 2021).

Obwohl die Proteste im Jahr 2020 und 2021 massiv und vielfältig waren, über mehrere Monate andauerten und an einigen Orten bis mindestens Juli 2021 immer noch jede Woche stattfanden, blieb der Erfolg aus. Das Verfassungsgericht gab seine Entscheidung am 27. Januar 2021 bekannt, die damit Rechtskraft erlangte – vorausgesetzt, die Rechtmäßigkeit des Verfassungsgerichts wird als solche anerkannt. Dennoch haben die Ereignisse und die monatelange Mobilisierung bei den Menschen Spuren hinterlassen, weshalb davon auszugehen ist, dass das kollektive Engagement für eine egalitäre Gesellschaft und einen gerechten Staat in der einen oder anderen Form fortbestehen wird, insbesondere auf lokaler Ebene. Einige Erfolge sind jetzt auch schon in den öffentlichen Raum- und Erinnerungspolitikern zu verzeichnen. In einigen Städten ist es gelungen, in kommunalen Abstimmungen öffentliche Parks und Plätze als Orte der Frauenrechte umzuwidmen, wie z.B. in Zielona Góra, wo ein Park der Frauenrechte (*Park Praw Kobiet*) entstand, oder in Szczecin, wo es mittlerweile einen »Platz der Frauenrechte« (*Plac Praw Kobiet*) gibt. In der Begründung, warum sie den Platz so benannten, schrieben Szczeciner Stadtverordnete:

[...] der Platz der Frauenrechte erinnert symbolisch an den Mut, die Entschlossenheit und die Weisheit vieler Frauen, die die Kraft hatten, sich diskriminierenden gesellschaftlichen Normen zu widersetzen, die keine Angst vor rechtliche Konsequenzen, der öffentlichen Diskreditierung ihrer Tätigkeiten hatten, die um gleiche Rechte unabhängig von Geschlecht, Glauben oder Nationalität kämpften (Gazeta Wyborcza 2021).

Diese Beispiele zeigen, dass die um das Abtreibungsrecht und die in Polen zu gelte Gender-Ordnung geführte Auseinandersetzung mit der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs längst nicht beendet ist. Der Kampf um die räumlich-sinnliche Ordnung wird auf unterschiedliche Weise und an verschiedenen Orten weitergeführt. Obwohl die *Bewegung* eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes am Ende nicht verhindert konnte, kann an den Ereignissen verfolgt werden, wie verdichtete Ereignisse des Dissenses nicht nur konsensuelle Gender-Ordnungen und verflochtene Regime räumlich-sinnlicher Aufteilung ins Wanken bringen können, sondern sogar das Potential haben, eine Staatskrise herbeizuführen.

Sogar Jarosław Kaczyński, Vize-Premierminister und Vorsitzende der Partei PiS, der vielen als »Drahtzieher« der polnischen Regierungspolitik gilt, gab im Nachhinein zu, dass die »vorübergehende« Krise vom Herbst 2020 die Regierung zweifellos die Unterstützung insbesondere von Frauen gekostet habe (W Polityce 2021 – Übers. J.R.). Diese Unterstützung seitens der Frauen möchte das Regierungslager mit dem Programm »Die polnische Ordnung« (*Polski Ład*) zurückgewinnen, das Forderungen nach besseren Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und eine Verbesserung der Unterhaltszahlungen beinhaltet. Jarosław Kaczyński kommentierte dies so: »Die polnische Familie und damit die Frauen sind das Herzstück der polnischen Ordnung«.⁸⁸

Diese Vorstellung, den »Frauen« einen Platz in einer nationalen Aufteilung von »Identitäten«, Räumen und Funktionen zuzuweisen, scheitert jedoch an der sozialen Praxis und am Widerstand der feministischen Bewegung, die inzwischen mehr als nur das kollektive Subjekt der »Frauen« umfasst und nationalstaatliche territoriale Rahmungen längst überschreitet. Diese Überschreitung eines bloß nationalstaatlichen Rahmens drückt sich sowohl in der *Bewegung* selbst als auch im geopolitischen, institutionellen und rechtlichen Kontext aus, der das Handlungsfeld der *Bewegung* und die Bürger_innen des Staates beeinflusst. Eine Ausweitung solidarischer Infrastrukturen, wie die der Initiative Abtreibung ohne Grenzen (*Aborcja bez Granic*), die eine Terminierung von Schwangerschaften über staatliche Grenzen hinaus ermöglicht, untergräbt die Territorialisierung der Körper und die Kontrolle der Reproduktion durch den Nationalstaat.

Neben der sich grenzüberschreitend organisierenden und vernetzenden solidarischen Bewegung wirken ebenfalls internationale Organisationen wie die UN und ihr Menschenrechtsdiskurs unterstützend. Laut dem UN-Ausschuss gegen Folter und dem Komitee für Menschenrechte ähnelt der Zwang zum Austragen einer ungewollten Schwangerschaft aufgrund der sie begleitenden Grausamkeit und unmenschlichen Behandlung in manchen Fällen der Folter (vgl. Méndez 2013: 11).

Die Möglichkeit im Ausland Schwangerschaften abubrechen, wurde öffentlich und in den sozialen Medien breit diskutiert, was auch der Regierung nicht entging. Tschechische Medien berichteten im Mai 2021, die Polnische Botschaft hätte bereits im März 2021 diplomatischen Druck auf Tschechien auszuüben versucht, Schwangerschaftsabbrüche polnischer Staatsbürger_innen zu verhindern (TVN24 2021). Das tschechische Gesundheitsministerium, welches bereits im Februar 2021 offiziell bestätigte, dass die Einreise polnischer Staatsbürger_innen zwecks Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen mit der Gesetzeslage in Tschechien

88 In dem Interview sagte er: »Wir führen ein Paket mit einigen der strengsten Maßnahmen in Europa ein, um die Opfer häuslicher Gewalt zu schützen; leider sind dies hauptsächlich, aber nicht nur, Frauen. Das Unterhaltsrecht hat sich grundlegend geändert (W Polityce 2021 – Übers. J.R.).

vereinbar sei, berief sich dabei auf das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (vgl. Zygiel/RMF24 2021): Danach haben Unionsbürger_innen das Recht, sich im »Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten« (ebd.; EU 2018 – Übers. J.R.). Medien zufolge brachte der Vertreter des polnischen Botschafters in dem Brief der Botschaft der Polnischen Republik an das tschechische Gesundheitsministerium März 2021 die Frage von Schwangerschaftsabbrüchen polnischer Frauen in Tschechien mit Fragen der nationalen »Souveränität« in Verbindung (Zygiel/RMF24 2021; Wieleński/Gazeta Wyborcza 2021). Wenn polnische Staatsbürgerinnen in der Tschechischen Republik gegen polnisches Recht verstießen, bestehe laut den Worten des Botschaftsvertreters sogar die Gefahr einer Verschlechterung der polnisch-tschechischen Beziehungen (Wieleński/Gazeta Wyborcza 2021). Dieses Beispiel verdeutlicht die Verschränkung von Vorstellungen über nationale Souveränität und Körperterritorien. Diese sind jedoch mit körperlicher Mobilität und dem Recht auf Freizügigkeit der EU-Bürger_innen unvereinbar.

Die EU selbst zeigte zurückhaltend, als es bspw. um die Wahrung von Frauenrechten bei Beitrittsverhandlungen zur EU mit Polen ging. Damals erklärte sich die Europäischen Union bereit, die Frage nach reproduktiver Selbstbestimmung als interne Staatsangelegenheit zu betrachten. Durch das Prinzip der Freizügigkeit bietet sie gleichwohl eine Art Fenster, durch das EU-Bürger_innen ihrem jeweiligen Staat entkommen können, indem sie sich in das Hoheitsgebiet und die Gerichtsbarkeit eines anderen Staates begeben (Vgl. Ramme 2019). In der Haltung von EU-Institutionen ist inzwischen ebenfalls ein Wandel zu beobachten. So hat das Europäische Parlament in einer Abstimmung (2021) beschlossen, dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ein Menschenrecht sei (Broniatowski/Onet Politico 2021). Bereits zuvor, im März 2020, hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte befunden, dass die Gewissensklausel die Gewährleistung von medizinischer Versorgung nicht verhindern könne (Wysokie Obcasy 2020).

Zwischenresümee

Die 2016 und 2020/2021 erfolgte Mobilisierung *feministischer Bewegung* ist nur im Kontext konkurrierender Dynamiken und Praktiken zu verstehen, die auf territorialen, zentralistischen und hierarchischen Figurationen und räumlich-sinnlichen Synthesen beruhen, welche von rechtsnationalen und konservativen Akteur_innen

vorangetrieben werden.⁸⁹ In dem von Antagonismen geprägten politischen Feld des Nachwende-Polens sind deterministische Konstruktionen von Kollektivität, die in Freund-Feind-Schemen stattfinden, ein weitverbreitetes politisches Repertoire. Der normativ ein- und ausgrenzenden Rahmung von *Zugehörigkeit* und den Versuchen der Territorialisierung von Körpern durch die national-katholische Rechte setzen Aktivist_innen feministische räumlich-sinnliche Praktiken entgegen, die Fragen von Repräsentation, Relationalität und Zugehörigkeit neu verhandeln. Gegenläufige Bewegungen der Eingrenzung und Entgrenzung von Zugehörigkeit und die Organisation von Dependenz, die sich in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen über nationale und körperliche *Souveränität* bzw. *Autonomie* manifestieren, sind Teil dieses Prozesses.

Kollektive Praktiken, Situationen und Prozesse zeitgenössischer feministischer Bewegung manifestieren sich zudem als räumlich-sinnliche (An-)Ordnungen, in denen sich das Analoge mit dem Digitalen verschränkt und co-konstituiert. Die mannigfaltigen frauenpolitischen digitalen Protestformate und Mobilisierungen gehen mit verorteten Praktiken relationaler Solidarität einher, die sich grenz- und generationsübergreifend gestalten. Der Mobilisierungsprozess frauenpolitischer Bewegung wurde durch digitale Infrastrukturen unterstützt und beschleunigt, beschränkte sich jedoch nicht nur auf diesen Bereich. Die Gruppe der Mädels und auch der Frauenstreik sind Beispiele von Bewegungen, in denen Online-Aktivismus mit diversen Formen des Offline-Aktivismus verschränkt ist. Durch plurales und orchestriertes Handeln schafften es die Aktivist_innen, die im Jahr 2016 aktiv geworden waren, sowohl digitale als auch analoge Bewegungsräume und alternative Öffentlichkeiten zu konstituieren. Soziale Medien wie Facebook, Twitter, Instagram und YouTube haben maßgeblich zu einer Egalisierung, Verbreitung und Vervielfältigung der feministischen Bewegung geführt. Auch die Informationswege zwischen den Aktivist_innen wurden direkter und persönlicher.⁹⁰

Es zeigte sich jedoch noch eine weitere Ebene: Die Rückkehr persönlicher Perspektiven in das Feld politischer Aktionen und Diskurse bewirkte, dass sich feministische Belange sowohl materialisieren als auch verorten konnten. Es standen nicht nur Forderungen im Raum, welche die Akteur_innen auf abstrakter Ebene formulierten und normativ mit Bezugnahme auf Werte der EU oder Menschenrechtsnormen rahmten. Stattdessen standen auch Forderungen und Stimmen einzelner Betroffener im Mittelpunkt, die Zeugnisse mithilfe ihrer Stimmen und Körper ablegen. Durch unzählige persönliche Zeugnisse, in denen betroffene Frauen über ihre

89 Zum Begriff der Re-Figuration in Bezug auf Raum und der Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen der Figuration und Re-Figuration vgl. Hubert Knoblauch und Martina Löw (2020).

90 Zu Beschleunigung von Mobilisierungen bei durch digitale Infrastrukturen gestützten Protesten in anderen Kontexten vgl. Bennett, W. Lance (2012).

Diskriminierungs-, Gewalt- und Leiderfahrungen berichteten und tagtäglich über soziale Netzwerke teilten, wurden die Probleme, über die feministische Akteur_innen über Jahrzehnte in dritter Person berichtet hatten, plötzlich direkt greifbar und in persönlichen Biografien verortet. Das gegenseitige Zuhören und Teilen von Erfahrungen in Facebook-Gruppen führten zur Entstehung von durch Empathie geprägten solidarischen Kommunikations-Gemeinschaften.

In der ersten Welle der »schwarzen Proteste« und Mobilisierungen der landesweiten Gruppen der Mädels für Mädels und des Polenweiten Frauenstreiks im Oktober 2016 war keine Bewegung entstanden, die für einen fundamentalen gesellschaftlichen Wandel und eine neue Gesellschaftsordnung kämpfte. In der Anfangszeit war für die neue Bewegung vor allem ihr noch defensiver und reaktiver Charakter kennzeichnend. Einigkeit bestand in der Mobilisierung insbesondere darüber, wogegen sich die Akteur_innen richteten, also die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes. Es gab jedoch unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie das Gesetz verändert werden sollte (vgl. Ramme/Snochowska-Gonzalez 2019). Im rancièreschen Sinne stellen die Versammlungen der Protestierenden keinen Kollektivkörper dar, sondern eine Demonstration eines Abstandes des Subjekts zu sich selbst.⁹¹ In anderen Worten handelte es sich um eine politische Subjektivierung der Ungezählten, die als jene, wie Rancière es nennt, »Beliebigen«, zum Vorschein kamen. Ausgehend von einer Situation des Unternehmens kamen also nun völlig unerwartet für alle sich am Streit über reproduktive Rechte beteiligenden politischen Lager, diese zahlreichen Anteilslosen zum Vorschein, in deren Namen Politik betrieben wurde: Eine große Anzahl bislang stummer »gewöhnlicher Frauen«, die bei den Entscheidungen über das in Kraft zu setzende Schwangerschaftsabbruchsgesetz niemand berücksichtigte, wurde sichtbar und hörbar. Noch viel verblüffender war es jedoch, dass die Proteste und damit einhergehende politische Subjektivierungen völlig dezentral ohne direkte Weisung oder Leitung seitens der bereits zuvor aktiven feministischen Organisationen und Wortführer_innen stattfanden und einer eigenen Logik folgten.

Die kollektive »Besetzung« der Zugehörigkeitskategorie »Frau« verlieh den sich um das drohende Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen Versammelnden politische Handlungsmacht. Durch die Konstituierung einer politischen Zugehörigkeit »der Frauen« hinterfragten die Akteur_innen ihre zuvor vereinzelt und dependenten Positionierungen in einer scheinbar naturalisierten hierarchischen Gender-Ordnung. Dies erfolgte durch räumlich-sinnliche Verkörperungen und Verortungen des relationalen kollektiven Subjekts der »Frauen« sowie durch plurale Praktiken des Widerstreits. Mittels verschiedener Protestformen, die von Counter-Mappings bis zu Straßenblockaden und der zeitweiligen Eroberung und Umwidmung

91 Zu Rancière's Ausführungen über das Unvernehmen und die politische Subjektivierung durch die Sichtabmachung eines Abstandes vgl. z.B. Rancière (2002: 69–72).

von Denkmälern reichten, intervenierte die frauenpolitische Bewegung in räumlich-sinnliche Ordnungen und hinterließ dort ihre Spuren.

Mit der Zeit führte diese politische Ermächtigung, die Erfahrung von Situationen des *Dissenses* und des Sichtbarmachens einer anderen Welt, bei den Aktivist_innen zu dem Bewusstsein, dass sie ihre eigene Lage und somit auch die Welt, in der sie leben, nicht nur verändern möchten, sondern es als *Bewegung* tatsächlich auch können. Insbesondere nach 2017 und dem Internationalen Frauenstreik von 2017 war in den feministischen Gruppierungen zunehmend ein staatliche Grenzen überschreitender Charakter zu beobachten. Gleichzeitig blieb jedoch eine starke lokale Verortung bestehen.

Obwohl sich die Bewegung in Polen als Teil einer globalen feministischen *Bewegung* verstand und bis heute versteht, sie den Internationalen Frauenstreik vom März 2017 mit-initiierte und auch Proteste des Polenweiten Frauenstreiks nicht nur im Rahmen polnischer Staatsgrenzen stattfinden, positioniert sich die Bewegung überwiegend als »polnisch« und »europäisch«. Dies steht im Zusammenhang mit den politischen Rahmenbedingungen, den Kämpfen über *Zugehörigkeit* und Repräsentation. Es ist zu betonen, dass die neue feministische Bewegung in Polen sich nicht nur für frauenpolitische Anliegen engagiert. Es handelt sich um eine Bewegung, die sich für einen polnischen Staat einsetzt, der auf Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundlagen fußt. Die frauenpolitische Bewegung ist insofern auch Teil einer breiteren oppositionellen Demokratiebewegung in Polen.

Das von vielen als illegitim empfundene Urteil des Verfassungsgerichtshofs im Herbst 2020, das besagt, dass Schwangerschaftsabbrüche auch dann nicht rechtmäßig sind, wenn der Fötus nicht gesund ist, löste eine erneute gewaltige Welle von Protesten aus, die in ihrem Ausmaß alles Bisherige übertrafen und mehrere Monate andauerten. Die Mobilisierung, die im Herbst 2020 während der Corona-Pandemie stattfand, zeigte einen radikalen Wandel: Es ging jetzt in erster Linie darum, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Es entwickelte sich ein Konflikt zwischen dem staatlichen Herrschaftsanspruch der rechtsnationalen Regierung und der souveränen demokratischen Praxis der *feministischen Bewegung*. Dieser Konflikt drückte sich auch durch die Konstituierung räumlich-sinnlicher Ordnungen aus, die mit staatlichen und von der Regierung festgelegten Aufteilungen von Räumen, Zeiten und Zugehörigkeiten kollidierten.

Im Vergleich zu dem eher defensiv ausgerichteten Streik im Oktober 2016 zeichnete sich die Protestwelle vom Herbst 2020 durch Offensivität, Kompromisslosigkeit und auch Radikalität aus. Die offensive Wortwahl »Wypierdalaj« war Ausdruck einer Kulmination sozialen Unmuts und ein Zeichen, dass die Zeit der Verhandlungen endgültig vorüber war. Das Postulat körperlicher Autonomie und Selbstbestimmung verschränkte sich mit der Manifestation des *Demos* als Souverän gegenüber der Regierung. Die Regierung wiederum beanspruchte den *Ethnos*, wollte also ein essentialistisch und ethnisch definiertes polnisches Volk repräsentieren.

Neben der Realisierung gewaltfreien zivilen Ungehorsams im Kontakt mit der staatlichen Gewalt wurden durch den Landesweiten Frauenstreik der Aufbau von Parallelstrukturen und die Einrichtung von Räten angekündigt, durch welche die bisherige Regierung nach ihrem Rücktritt ersetzt werden sollte (vgl. den Webaufttritt der Rada konsultacyjna, 08.10.2022). Anzumerken ist, dass bspw. die politischen Forderungen des Polenweiten Frauenstreiks trotz der radikal-offensiven Haltung zumeist nicht weiter reichen als nach einem säkularen Staat, Geschlechterdemokratie oder Rechtsstaatlichkeit liberaler Prägung. Dies unterscheidet die meist eher liberal ausgerichteten frauenpolitischen Organisationen, wie bspw. den formal als Stiftung organisierten Landesweiten Frauenstreik von einer eher sozialistisch, antikapitalistisch und links ausgerichteten feministischen Bewegung der *Ni Una Menos* in Lateinamerika.⁹²

Wenn jedoch die Politik der Ästhetik einbezogen wird, dann erscheinen die Ereignisse der *feministischen Bewegung* in Polen fast als revolutionär. Dies steht im Zusammenhang mit den multiplen omnipräsenten Brüchen in einer bisher konsensuellen Ordnung des Sinnlichen, welche Ordnungen von Körpern und Räumen inklusive Seinsweisen sowie des Tuns, Sagens und Teilhabens festlegen. Der mannigfaltige *Dissens* hatte sinnliche Koordinaten gesellschaftlicher Ordnung ins Wanken gebracht und plötzlich wurden andere Welten nicht nur denkbar, sondern auch erfahrbar. In prozessualen Handlungen, aber auch durch die Verstetigung von Raumkonstitutionen auf lokalpolitischer Ebene, wie bspw. die Ernennung von Frauenrechtsplätzen, bemühen sich feministische und frauenpolitische Akteur_innen alternative Ordnungen des Sinnlichen auf institutionalisierte Strukturen zu übertragen, zu festigen und abzusichern. Dies gelingt ihnen vielerorts durch lokalpolitische Unterstützung, während sie auf nationaler Ebene mit dem Inkrafttreten des repressiven Abtreibungsgesetzes letztendlich scheiterten.

Nicht zuletzt ist in diesem Kapitel aufgezeigt worden, wie die *Bewegung* nach ihrer Formierung an dem Anspruch ein kollektives Subjekt darzustellen und dessen Ziele und Interessen als sozialpolitisches Programm zu formulieren, scheiterte. Dies löste bei vielen Teilnehmenden der *Bewegung*, die der Idee von Zugehörig-

92 Die Kritik am Neoliberalismus wird von einigen Forscherinnen als wichtiges gemeinsames Merkmal feministischer Bewegung betrachtet. Diese Wahrnehmung ist u. A. durch die Bewegung der Lateinamerikanischen *Ni Una Meno* (vgl. z.B. Littler/Rottenberg 2020) entstanden. Meine Recherchen zu dem Frauenstreik bestätigen weder, dass es sich im Fall der Mobilisierung in Polen um eine identitätskritische, queere Mobilisierung handelt, noch, dass die Mobilisierung, wie Littler und Rottenberg argumentieren, »Reaktion« auf kapitalistische Verhältnisse entstanden seien (vgl. ebd.). Bereits bei anderen Gelegenheiten hatte ich argumentiert (z.B. Ramme 2021), dass eine Kritik am Kapitalismus und auch eine marxistische Orientierung etwas ist, was den Frauenstreik in Polen und den Frauenstreik im Lateinamerika unterscheidet (vgl. hierzu auch Ramme 2024). Viele der frauenpolitischen Akteurinnen in Polen können einem liberalen Spektrum zugeordnet werden.

keit zum Kollektiv der (polnischen) »Frauen« erlagen, gewaltige Gefühle der Enttäuschung aus. Interne Widersprüche wurden als Zerfallsprozesse oder gar Verrat interpretiert. Solche Widersprüche sind u.a. mit dem in Kapitel 2.2 dargestellten »Identitätsparadox« vereinbar.

Die Logik der politischen Subjektivierung als weiblicher *Demos*, welcher im Widerspruch zu Behauptungen des national-katholischen Lagers und der Regierenden über das Wesen der »gewöhnlichen polnischen Frau« steht, verläuft relational und kontextgebunden. Das sich 2016 formierende politische Subjekt »der Frauen« stellt, um auf Rancière zurückzukommen, eine »Gemeinschaft des Konflikts über das Dasein des Gemeinsamen selbst«, also der Aufteilung »zwischen dem, der Anteil hat, und dem, der anteilslos ist« dar (Rancière 2002: 47). Die Protestierenden versammelten sich um einen Gegenstand des Streits herum: die drohende Einschränkung reproduktiver Selbstbestimmung. Im Verlauf der Proteste veränderte sich dieser Gegenstand insofern, als er zunehmend zu einer Komponente eines komplexen Problems verstanden wurde. Die aufbegehrenden »Frauen« begannen damit, systemische Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Gegenständen des Streits und ihrer eigenen Situierung in einer gesellschaftlichen Ordnung inklusiver ihrer räumlich-sinnlichen Dimensionen herzustellen. Sowohl die Praktiken als auch das Verständnis von Raum und/oder Zugehörigkeit feministischer *Bewegung* sind grundsätzlich flexibel und wandlungsfähig. So schnell, wie sich die Bewegung(en) um ein Problem versammelt(n) und als zusammengehöriges politisches Subjekt auftritt/aufreten, konnten sich diese Momente wieder verflüchtigen oder an anderen Stellen neue Formationen bilden.

Unabhängig von den weiteren Entwicklungen ist anzunehmen, dass die gesellschaftlichen Unruhen des Herbsts 2020, die mit der Verkündung des Verfassungsgerichtsurteils ihren Anfang nahmen, für eine ganze Generation insbesondere jüngerer Menschen einen prägenden Eindruck hinterlassen und womöglich zu einer zumindest teilweisen Immunisierung gegen einen rechten Autoritarismus und religiösen Fundamentalismus der Bevölkerung in Polen beigetragen hat. Der räumlich-sinnliche *Dissens* und der performative alltägliche Widerstand, wie er z.B. in den Straßen insbesondere unter Jugendlichen zu beobachten war, die sich öffentlich zu Frauen- und LGBTQ*-Rechten bekennen, ist auf Dauer nicht mit staatlicher Gewalt oder einer zivilen Nationalgarde rechter Gruppierungen zu verhindern und sogar entgegengesetzte Wirkung zeigen. Dabei war und ist der relationale Bezugsrahmen einschließlich der Verknüpfungen, der sich immer weiter ausbreitenden *feministischen Bewegung* keinesfalls durch nationale oder europäische Maßstäbe begrenzt. Sowohl die sich gegen Femizide richtenden feministischen Bewegungen in Lateinamerika als auch die von Frauen getragenen und über viele Monate lang andauernden Anti-Regierungs-Proteste in Belarus spornten die Aktuer_innen in Polen ebenfalls an. Große, massenhafte Protestereignisse, die auch in anderen Orten und Regionen sich solidarisierende *Bewegungen* anknüpfen, sowie andere Erfolge *femi-*

nistischer Bewegung, wie bspw. die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes in Irland oder Argentinien, erweitern den Horizont des Möglichen. Sie zeigen, dass es eine Welt geben kann, die anderen Ordnungs-Logiken folgt als repressiven Gender-Regimen.